

Kriminalpräventiver Rat
Landeshauptstadt Düsseldorf

Düsseldorfer
PRÄVENTION

Jahresbericht der Geschäftsstelle 2009



Videowettbewerb „Flagge zeigen“



Das Jahr 2009 war für den Kriminalpräventiven Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf (KPR) ereignisreich und geprägt von Veränderungen. So nahm beispielsweise die neu eingerichtete Fachgruppe „Straffälligenhilfe und Justiz“ ihre Arbeit auf und die vorübergehend „ruhend gestellte“ Fachgruppe „Zivilcourage“ wurde unter dem Eindruck der Vorfälle in München, bei denen ein Helfer unter den Schlägen zweier Jugendlicher zu Tode kam, reaktiviert. Vor diesem Hintergrund stellt dann auch das Themenfeld „Zivilcourage“ einen Schwerpunkt in diesem Jahresbericht dar. Erfreulich ist hierbei die Vielfalt der Aktivitäten, sei es der Videowettbewerb, der von der Fachstelle für Gewaltprävention in Kooperation mit weiteren Partnern durchgeführt worden ist, seien es die beiden Zivilcourage-Ehrungen.

Im Jahr 2009 wurden zudem der Kontakt zu den Kriminalpräventiven Räten in den Stadtbezirken weiter ausgebaut und die Zielsetzung einzelner Fachgruppen erweitert. Außerdem wurde gemeinsam mit dem Hauptamt ein Ausbildungsplatz in der Geschäftsstelle eingerichtet. Damit folgt Düsseldorf dem Beispiel anderer Kommunen, denn präventives Denken der zukünftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellt – unabhängig von ihrem späteren Tätigkeitsfeld – einen wichtigen Bestandteil kommunaler Kriminalprävention dar.

Der plötzliche Tod meines Kollegen und langjährigen KPR-Vorsitzenden, Herrn Beigeordneten Werner Leonhardt, hat die Mitstreiterinnen und Mitstreiter in der Düsseldorfer Präventionslandschaft betroffen gemacht. Mit seinem unermüdlichen Werben für vernetztes Zusammenarbeiten war er einer der Motoren des „Düsseldorfer Weges“. Einer seiner Leitsätze, „Tu' Gutes und sprich darüber“, ermutigte dazu, auch scheinbar unbedeutende Fortschritte in die Öffentlichkeit zu tragen.

Der Jahresbericht ist vor diesem Hintergrund auch Ausdruck der Kontinuität in Düsseldorf, die sicherlich ganz im Sinne des Verstorbenen ist. Im Vorgriff auf den Bericht im kommenden Jahr darf ich Ihnen daher schon jetzt versichern, dass die „Staffel“ nicht nur übergeben wurde, sondern auch weiter getragen wird. Insbesondere der weitere Ausbau der „Integrierten Kommunalen Sicherheitspolitik“ geht erfolgreich weiter.

Den Mitgliedern des Kriminalpräventiven Rates und seiner Fachgruppen, den Engagierten in den Ordnungspartnerschaften und den Kriminalpräventiven Räten auf Stadtbezirksebene sowie allen Projektverantwortlichen und -beteiligten danke ich für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2009. Deren zum Teil ehrenamtliches Engagement trägt wesentlich dazu bei, dass Düsseldorf seinem Ruf gerecht werden kann, vorausschauend zu agieren, Probleme anzugehen und Maßnahmen und Projekte zielgruppen- und wirkungsorientiert umzusetzen. Denn insbesondere Prozess- und Wirkungsevaluation bedeuten zusätzlichen Zeit- und Arbeitsaufwand, der – vor allem für „freiwillige“ Akteure – nicht selbstverständlich ist.

Abschließend bleibt mir, Ihnen eine interessante Lektüre zu wünschen.

Helga Stulgies
Beigeordnete der Landeshauptstadt Düsseldorf
Vorsitzende des Kriminalpräventiven Rates

Inhalt

Vorwort	3
10 Jahre Düsseldorfer Courage	5
Videowettbewerb „Flagge zeigen“	8
Zivilcourage-Ehrungen	10
„Die große Nein-Tonne“	13
Fachtagung „Faustlos“	14
Fairness-Preis an Schulen	16
Notfall-Management an Schulen	17
Täter-Opfer-Ausgleich in Fällen von Graffiti	18
Sport und Sicherheit	21
Fachtag „Jugendliche und Rechtsextremismus in Düsseldorf“	24
Die Kriminalpräventiven Räte in den Stadtbezirken 4 und 6	25
Blaulichttag der Ordnungspartnerschaft „Für Düsseldorf“	26
Jail Art	28
5 Jahre Ambulanz für Gewaltopfer	29
Staffelübergabe beim WEISSEN RING	33
Opferschutz und Opferhilfe	34
Erste Auszubildende bei der KPR-Geschäftsstelle	36
Der KPR im Internet	38
14. Deutscher Präventionstag	40
Europäisches Forum für Urbane Sicherheit – EFUS	41
Nachruf	42



10 Jahre

Düsseldorfer Courage



Im April 1999 wurde in Düsseldorf nachts eine junge Frau unter den Augen mehrerer Fahrgäste von einer männlichen Person aus einer haltenden Straßenbahn gezerrt. Niemand half ihr. Der Täter vergewaltigte sie in einem nahe der Haltestelle gelegenen Hinterhof. Ausgelöst durch dieses Ereignis wurde – wie bereits zuvor in anderen Städten – auch in Düsseldorf die Frage diskutiert, wie die Bereitschaft der Bevölkerung zur Zivilcourage gestärkt werden könnte. Auf Initiative des Stadtrates wurde die Verwaltung im Mai 1999 durch Ratsbeschluss damit beauftragt, eine öffentlichkeitswirksame Kampagne „gegen die Gleichgültigkeit im Alltag und für mehr Zivilcourage“ gemeinsam mit vom Rat benannten Einrichtungen, Vereinigungen und sonstigen Organisationen – also unter breiter Mitwirkung der Düsseldorfer Bürgerschaft – vorzubereiten. Als Anschubfinanzierung wurden seinerzeit rund 25.000,00 Euro zur Verfügung gestellt

Unter dem Motto „Düsseldorfer Courage – Handeln statt Weggucken“ wurde die Kampagne mit einem Aktionsvormittag mit Musikdarbietungen, Podiumsdiskussionen, Einzelinterviews mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und einem Theaterstück zum Thema Gewalt am 20. August 1999 vor dem Düsseldorfer Rathaus gestartet. Die Katholische und die Evangelische Kirche, die Polizei, die Fraktionen des Rates und die Stadt Düsseldorf traten gemeinsam als Träger auf, um so die breite Zustimmung zur Kampagne auch nach Außen deutlich zu machen. Von einer Düsseldorfer Werbeagentur wurden im Sponsoring das Logo „Düsseldorfer Courage“, mehrere Plakat- und Anzeigenmotive sowie eine Broschüre mit Hinweisen darauf, wie man anderen helfen kann, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen, gestaltet.

Acht Düsseldorfer Firmen für Außenwerbung stellten für zwei Plakatmotive insgesamt 500 Dreieckständer und mehr als 400 Großplakatflächen, ein weiteres privates Unternehmen 800 Schaltkästen für den Appell zur Verfügung. Von den hinteren Seitenscheiben der Düsseldorfer Taxen und von 1000 Bussen und Bahnen wurde zum „Handeln statt Weggucken“ aufgerufen. Das Motto der Kampagne wurde außerdem über die

Info-Screens verschiedener U-Bahnhöfe, einer Info-Wand an einem der zentral gelegenen Plätze in Düsseldorf und einen Freistempler der zentralen Poststelle der Landeshauptstadt Düsseldorf – immerhin werden hier monatlich rund 70.000 Briefsendungen bedruckt – verbreitet.

Die Düsseldorfer Tageszeitungen schalteten entsprechende Anzeigen und unterstützten die Kampagne darüber hinaus durch ihre Berichterstattung. Durch den örtlichen Rundfunksender „Antenne Düsseldorf“ wurden Spots ausgestrahlt. Alle Anzeigen- und Werbeflächen wurden im Rahmen der Kampagne kostenlos zur Verfügung gestellt.

Unmittelbar nach der Kommunalwahl im Herbst 1999 nahm ein „Arbeitskreis Zivilcourage“ seine Arbeit auf, um die Kampagne im Bewusstsein der Düsseldorfer Bevölkerung zu halten. Auch die Besetzung dieses Gremiums spiegelte die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Themas wider: Vertreter der Kirchen und der Jüdischen Gemeinde, der Jugendverbände, des Ausländerbeirates, der Ratsfraktionen, der Polizei und verschiedener Ämter der Stadtverwaltung engagierten sich. In mehreren Sitzungen wurden weitere Aktivitäten geplant.

Allen Mitgliedern des Arbeitskreises wurde klar, dass nur mit langfristigen Konzepten eine dauerhafte Änderung des Helferhaltens erreicht werden konnte. Zu diesem Zweck wurde der „Arbeitskreis Zivilcourage“ Anfang des Jahres 2000 als zehnte Fachgruppe in den Kriminalpräventiven Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf integriert. Ihre Leitung übernahm zunächst der Vorsitzende des Kriminalpräventiven Rates. Für die Arbeit der Fachgruppe stellte der Rat der Landeshauptstadt zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung. Somit waren weitere Aktivitäten, mit denen Bürgerinnen und Bürger zu einer couragierteren und verantwortungsbewussteren Haltung geführt werden sollten, auch finanziell abgesichert.

Hierzu zählten unter anderem:

- Durchführung einer Benefiz-Veranstaltung und Aufnahme einer CD mit dem Song „Schau nicht weg“ der Düsseldorfer Band „Der letzte Schrei“. Dieser Song wurde in den Pausen großer Sportveranstaltungen im – inzwischen abgerissenen – Rheinstadion und anderen Sportstätten gespielt.
- Durchführung von Seminarveranstaltungen, in denen Vertreter u.a. von Verwaltungen, Schulen, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen als Verhaltenstrainer geschult wurden. Diese „Multiplikatoren“ führten dann wiederum Veranstaltungen durch, beispielsweise in Jugend- oder Seniorentreffs, in denen die Teilnehmer im Umgang mit öffentlich zum Ausdruck gebrachter Aggression und ausgeübter Gewalt geschult wurden.
- Entwicklung beziehungsweise Fortsetzung schulischer Aktivitäten zur Thematik „Gewalt und Zivilcourage“, etwa durch Projektwochen, Podiumsdiskussionen, Einzelreferate, Ausstellungen oder Entwicklung von Broschüren.
- Wiederholung der Plakataktion mit insgesamt sechs – zum Teil provokanten – Motiven.

Die Fachgruppe konnte eine Vielzahl von Projekten anregen und an deren Verwirklichung mitwirken. Nachdem sie die Basis für langfristige Konzepte geschaffen und innerhalb der an der Fachgruppenarbeit teilnehmenden Einrichtungen gefestigt hatte, übertrug der Kriminalpräventive Rat die Federführung für einzelne Projekte den jeweils „zuständigen“ Fachgruppen. So wurde Zivilcourage zum Beispiel in den Fachgruppen „Gegen Gewalt an Schulen“, „Häusliche Gewalt“ und „Gewalt gegen Lesben und Schwule – Präventionsmaßnahmen“ thematisiert. Darüber hinaus hat sie auch ihren festen Platz im Kriminalpräventiven Rat. So wird die Ehrung von zivilcouragierten Personen beispielsweise durch die Mitarbeiter der Geschäftsstelle des Kriminalpräventiven Rates im Rahmen ihrer täglichen Aufgabenerledigung vorbereitet.

Seit 1999 wurden inzwischen über 120 Personen im Rahmen einer kleinen Feierstunde für ihr vorbildliches Verhalten im Sinne des Mottos „Handeln statt



Wenn wir weghören, hört es nicht auf.

Düsseldorfer
COURAGE
WENN ES KEIN WUNDER IST



Düsseldorfer
COURAGE
WENN ES KEIN WUNDER IST

Weggucken“ vom Oberbürgermeister der Landeshauptstadt mit der Verleihung der silbernen Ehrennadel „Düsseldorfer Courage“ geehrt. Ausgezeichnet werden Helferinnen und Helfer, die ihren Mitmenschen in brenzligen Situationen beistehen, ohne sich selbst unnötig in Gefahr zu bringen. Die Anerkennung ihrer Leistungen soll für alle – nicht nur – Düsseldorfer ein zusätzlicher Ansporn zu couragiertem Handeln sein. Diese Ehrungen, die auf Vorschlägen der Düsseldorfer Bürgerschaft oder der Polizei beruhen, werden halbjährlich durchgeführt.

In den Jahren seit 1999 ist dabei auch eine ansehnliche Bandbreite an Helferinnen und Helfern mit verschiedensten Hintergründen zusammen gekommen. So war der jüngste couragierte Düsseldorfer gerade einmal 12 Jahre alt, die Älteste 75 Jahre alt. Eine erfreulich hohe Zahl an Menschen mit Zuwanderungs-

geschichte hat Anderen in Not beigestanden und das Medieninteresse an den Feierstunden im Rathaus ist ungebrochen hoch. Zeigt doch die Verleihung der silbernen Ehrennadel sehr deutlich, dass Zivilcourage nichts Anonymes ist, sondern ein Gesicht hat!

Flankiert werden die Ehrungen das ganze Jahr hindurch mit verschiedenen Projekten, beispielsweise mit Entwicklung der sogenannten Helfercard. Diese stellt ein Medium dar, das in Frankfurt am Main bereits seit längerer Zeit im Umlauf ist und das Thema Zivilcourage in der öffentlichen Wahrnehmung hält – und zwar auch dann, wenn das Thema nicht aufgrund spektakulärer Fälle tagesaktuell diskutiert wird. Nachhaltigkeit wird dadurch zumindest unterstützt.

Die als Schnittstelle zwischen Schulverwaltungsamt und Jugendamt angesiedelte Fachstelle für Gewaltprävention unterstützte eine Projektarbeit der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung – Zweig Polizei – gemeinsam mit dem Kinderschutzbund, als in einem Comicheft für Schülerinnen und Schüler über das Thema Zivilcourage informiert wurde. Die Ergebnisse des modellhaften Einsatzes in Schulklassen waren vielversprechend und im Jahr 2010 soll in Kooperation mit der Fachgruppe „Zivilcourage“ eine höhere Auflage für Schulen produziert werden.

Darüber hinaus schrieb die Fachstelle für Gewaltprävention auf Initiative des KPR unter dem Titel „Flagge zeigen!“ einen Videowettbewerb für Jugendliche aus. Mit viel kreativem Engagement der Wettbewerbsteilnehmer und professioneller Unterstützung der Aktion & Kultur mit Kindern e.V. (AKKI) wurden dabei einige sehr eindrucksvolle Kurzfilme produziert.

Kontakt:

Michael Klein
Landeshauptstadt Düsseldorf
Büro 08/KPR
40200 Düsseldorf
E-Mail: michael.klein@duesseldorf.de



Video- wettbewerb „Flagge zeigen“

8



Eine Aktion der Medienwerkstatt Clipper des Vereins Akki – Aktion & Kultur mit Kindern e.V. in Kooperation mit der Fachstelle für Gewaltprävention der Landeshauptstadt Düsseldorf.



Um die Bereitschaft zur Zivilcourage zu stärken, rief die Landeshauptstadt Düsseldorf alle Düsseldorfer Jugendgruppen und Schulklassen auf, Ideen, Entwürfe oder vollständige Drehbücher für Videoclips zum Thema Zivilcourage einzureichen. Das Projekt wurde auf Anregung der Fachstelle für Gewaltprävention konzipiert.

Hintergrund:

Anstoß für die Initiierung des Projektes waren konkrete Vorfälle in Düsseldorf und das engagierte Bemühen des Kriminalpräventiven Rates, zur Sensibilisierung für zivilcouragiertes Handeln aktiv beizutragen. Vielmals kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Bereitschaft zur Zivilcourage nachlässt. In den Medien wird nahezu täglich von Gewalt berichtet, die zwar wahrgenommen, gegen die aber nicht eingeschritten wird. Lässt die Bereitschaft, sich einzumischen und zu helfen tatsächlich nach? Ist die Angst größer als der Sinn für Gerechtigkeit? Eigentlich weiß doch jeder, dass Zivilcourage immer wichtiger wird, doch immer häufiger scheinen Angst oder Bequemlichkeit zu siegen. Wegsehen ist einfacher. Solche Situationen sind allen Jugendlichen bekannt.



Fotos: © Landeshauptstadt Düsseldorf



Düsseldorfer Jugendgruppen und Schulklassen mit Jugendlichen ab 14 Jahren wurden also Anfang des Jahres 2009 aufgerufen, Ideen, Treatments (Kurzform eines Drehbuches) oder Drehbücher für Werbespots zum Thema Zivilcourage einzureichen. Hierzu wurden Handreichungen zur Drehbucherstellung angefertigt. Für interessierte Lehrerinnen und Lehrer fand eine Informationsveranstaltung zur Erstellung von Treatments und Drehbüchern statt.

Die Aussicht, Teil einer professionellen Produktion zu werden, war ein attraktiver Anlass, sich mit dem Thema Zivilcourage auseinander zu setzen. Gegen Gleichgültigkeit und Weggucken und für ein verantwortungsvolles Miteinander. Das vorherige Durchdenken und Durchspielen einer Situation kann im Zweifelsfall dazu führen, sich richtig zu verhalten.

Mit dem Projekt „Flagge zeigen für Zivilcourage“ wurden Jugendliche motiviert, sich mit diesem Thema auseinander zu setzen und Alternativen zur „Kultur des Wegsehens“ aufzuzeigen. Die Jugendlichen setzten sich mit bedrohlichen Situationen auseinander und reflektierten Situationen und Sachverhalte, in denen ein Einschreiten möglich ist, ohne sich selbst zu gefährden.



Schulklassen, Jugendfreizeiteinrichtungen (JFE), ein Sportverein und informelle Jugendgruppen arbeiteten an insgesamt 32 Drehbüchern, die leider nicht alle fertig gestellt wurden. So haben sich über 400 Jugendliche mit dem Thema auseinandergesetzt. In den eingereichten Beiträgen sprachen die Jugendlichen insbesondere die Themen Mobbing, Hilflosigkeit gegenüber provozierenden Angriffen von Jugendgangs, Ignoranz und fehlende Empathie von Gleichaltrigen und Erwachsenen, Fremdenfeindlichkeit und fehlende Vorbilder an. Häufig wurde der Wunsch nach einem Helden, der einen beschützt, thematisiert. Ideen zur medialen Umsetzung reichten von Trickfilmen, Science Fiction, surrealen Episoden, Musicals bis hin zur Darstellung von realistischen Situationen.

Eine unabhängige Jury, bestehend aus professionellen Filmschaffenden und pädagogischen Fachkräften, sowie einer Vertretung der Geschäftsstelle des Kriminalpräventiven Rates, wählte aus den eingereichten Drehbüchern die fünf Besten aus, die mit den jeweiligen Jugendlichen professionell verfilmt werden sollten.

Am 4. Dezember 2009 fand die Präsentationspremiere der Ergebnisse im Atelier-Kino des Savoy-Theaters, an der neben rund 100 Jugendlichen und pädagogischen Fachkräften auch 60 Eltern teilnahmen, statt.

Bürgermeisterin Dr. Strack-Zimmermann lobte in ihrem Grußwort die Initiative und das Engagement der Jugendlichen.

Die entstandenen Videoproduktionen wurden in einer DVD zusammengeschnitten und stehen als pädagogisches Material für soziale Einrichtungen und als Unterrichtsmaterial zur Verfügung. Dadurch wird ermöglicht, dass sowohl bei den direkt beteiligten Jugendlichen, als auch bei den späteren Zuschauern, Impulse gesetzt werden.

Kontakt:

Martina Kampf-Kiefer
Landeshauptstadt Düsseldorf
Fachstelle für Gewaltprävention
Jugendamt
40200 Düsseldorf
E-Mail: martina.kampfkiefer@duesseldorf.de

Zivilcourage- Ehrungen

10



Ehrung am 5. Juni 2009

Mit silbernen Ehrennadeln der Aktion „Düsseldorfer Courage“ zeichnete der Vorsitzende des Kriminalpräventiven Rates, Werner Leonhardt, in Vertretung des Oberbürgermeisters am 5. Juni erstmals eine ganze Theatergruppe aus, die sich auf dem Gebiet der Kriminalprävention engagiert hat. Weiterhin bekamen vier Bürger die silberne Ehrennadel für couragiertes Verhalten verliehen. Damit wurden zum 15. Mal Menschen in der Landeshauptstadt Düsseldorf für ihre Courage geehrt.

Die Senioren der Theatergruppe hatten bis 2008 regelmäßig in Seniorentreffs und Seniorenwohneinrichtungen ein Stück rund um den sogenannten Enkeltrick aufgeführt. Die Gruppe hatte sich aus älteren Menschen zusammengefunden, die regelmäßig die Begegnungsstätte des Diakonischen Werkes in Gerresheim besuchten. Die ebenfalls geehrte Spielleiterin Kirsten Schulte-Frohlinde hatte die Gruppe mit dem Projekt vertraut gemacht und mit ihr das Theaterstück geprobt. Ziel war es, ältere Menschen vor Trickbetrügern zu warnen. Der sogenannte Enkeltrick besteht darin, dass sich die Betrüger als Verwandte (Enkel) in Notlage ausgeben, um so an das Geld der alten Leute zu kommen. Mehr als 20 Mal wurde das Stück mit Unterstützung der Düsseldorfer Polizei von den 65- bis 75-jährigen Schauspielern aufgeführt. Nun erhielten Kirsten Schulte-Frohlinde und die Schauspielerinnen Uschi Brücker, Helga Dünnwald, Heide Heeren, Elisabeth Laux, Sieglinde Marek, Gisela Arndt, Christel Malhöfer und Uschi Kowalewski

sowie die Schauspieler Horst Kotthaus, Peter-Paul Ernst und Uwe Bähr für ihr Engagement die silbernen Ehrennadeln und je ein Buchpräsent überreicht.

Ein Beispiel für couragiertes Verhalten lieferte Dietmar Detlef Stinn (41) am 2. November 2008. Vor einer Kirche bemerkte der 41-Jährige, dass ein Mann einer Frau (75) nach dem Kirchgang die Handtasche entriess und floh. Als die Bestohlene laut um Hilfe rief, nahm Dietmar Stinn die Verfolgung des flüchtenden Mannes auf. Als er ihn einholte, gab der Täter dem 41-Jährigen die Tasche und setzte seine Flucht fort. Die Polizei konnte ihn jedoch wenig später stellen.

Der Courage von Katrin Düllberg (16) ist es zu verdanken, dass eine Schlägerei in der Straßenbahn eingedämmt werden konnte. Die Schülerin aus Meerbusch ist Teilnehmerin am Projekt Busbegleiter (in Düsseldorf: Fahrzeugbegleiter) der Rheinbahn. Sie wurde am 11. Dezember 2008 gegen 16.15 Uhr in der U-Bahn Zeugin, wie eine Gruppe Betrunkener zunächst stritten und pöbelten. Später brach unter ihnen eine handfeste Schlägerei aus. Katrin Düllberg informierte, da sich die Erwachsenen nicht regten, den Bahnfahrer. Da dieser nicht unmittelbar helfen konnte, rief er die Polizei, die die Streithähne trennte.

Dank des beherzten Einsatzes von Michal Marnocha (27) und Wolfgang Ganzera (45) konnte am Rosenmontag, 23. Februar, ein Dieb gestellt werden. Gegen 15.50 Uhr kamen beide vom Karnevalszug und gingen eine Straße in der Innenstadt entlang. Dort beobachteten sie, wie ein Mann die Seitenscheibe eines Autos einschlug, hinein langte und ein Navigationsgerät entwendete. „Mir ist selber schon zwei Mal mein Navi

geklaut worden, dafür habe ich überhaupt kein Verständnis“, sagt Wolfgang Ganzera. Er sprach den Täter an und dieser ergriff die Flucht. Beide Zeugen nahmen die Verfolgung auf und bekamen den Mann schließlich zu fassen. Sie hielten ihn bis zum Eintreffen der hinzu gerufenen Polizei fest.

Ali Sharif (15) ist es zu verdanken, dass ein Rucksackdiebstahl vereitelt werden konnte. Der 15-Jährige

beobachtete am 8. März gegen 12 Uhr auf der Birkenstraße, wie ein Mann einen Rucksack aus einem geparkten Auto entwendete, während die Fahrerin am Kofferraum beschäftigt war. Ali Sharif lief dem Täter so lange nach, bis dieser den Rucksack wegwarf und weiter flüchtete. Der Jugendliche gab der Frau den Rucksack zurück. Die hinzu gerufene Polizei konnte den Täter trotz sofortiger Nahbereichsfahndung leider nicht mehr fassen.



Fotos: © Michael Klein

Ehrung am 14. Dezember 2009

Am 14. Dezember wurden sieben couragierte Helferinnen und Helfer von Bürgermeisterin Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann geehrt, zwei davon in Abwesenheit. Die Zahl der bislang Geehrten steigt damit auf 122.

Couragiertes Verhalten zeigte Stefan Piecuch (40). Er griff beherzt ein, als er am 8. Mai gegen 23 Uhr mitbekam, wie zwei Männer seinen Nachbarn und Freund brutal attackierten. Der Angegriffene, ein Polizist, war zufällig Zeuge geworden, wie die beiden Männer auf der Straße randalierten und Fahrzeuge beschädigten. Er hatte schon einen der Täter gestellt und am Boden fixiert als der zweite – zunächst geflohene – Täter zurückkehrte und dem Polizisten kräftig ins Gesicht trat. Der andere Mann

schlug dann heftig auf den Rücken des Polizisten ein. Stefan Piecuch zog den Schläger von seinem Nachbarn weg. Daraufhin wandte sich der Täter ihm zu. „Ich schaute kurz zu meinem Nachbarn herüber, um zu sehen wie es ihm geht und bekam einen Tritt vor mein Bein.“ Wegen des daraus resultierenden Trümmerbruchs im Kniegelenk musste er zwei Operationen am Bein und eine Rehabilitation über sich ergehen lassen. Beide Täter konnten identifiziert und festgenommen werden.

Emilie und Artur Klabuhn (beide 71) beobachteten am Mittag des 26. August in ihrer Nachbarschaft verdächtige Personen. Zuerst wurde Emilie Klabuhn, die beim Bügeln aus dem Fenster schaute, aufmerksam. Sie rief ihren Mann Artur hinzu. Beide beobachteten, wie mehrere Männer in eine Wohnung gegenüber eindringen und Wertgegenstände herausräumen. Die Eheleute Klabuhn wussten, dass die Bewohner der Wohnung in Urlaub waren und informierten die Polizei.

Dank ihrer detaillierten Schilderung des Einbruchs – von der Vorbereitung über den Einstieg bis zum Abtransport der Beute – konnten die Täter festgenommen werden. Die entwendete Beute konnte in der Wohnung der Täter sichergestellt werden.

Laut grölende Jugendliche ließen Andreas Stein (45) am 14. November gegen 22 Uhr aufhorchen. Er trat ans Fenster seiner Wohnung und beobachtete sieben Jugendliche, die aus dem Park gegenüber seinem Wohnhaus kamen. Einer trat plötzlich mit voller Wucht gegen den Außenspiegel eines geparkten Autos. Da er selbst bereits zwei Mal in diesem Jahr Opfer von Beschädigungen an seinem Auto geworden war, nahm er die Verfolgung der Täter auf und alarmierte per Handy die Polizei. Er bemerkte, dass mehrere Autos und Fahrräder beschädigt worden waren. Auch an seinem eigenen Wagen war die rechte Fahrzeugseite verkratzt und der Außenspiegel beschädigt. „Bisher konnten die Täter leider nie ermittelt oder überführt werden“, erklärt der 45-Jährige. Doch diesmal konnte die Polizei aufgrund seines umsichtigen Verhaltens und der genauen Beschreibungen die Täter an einer nahe gelegenen Haltestelle festnehmen.

Der Taxifahrer Vlatko Subasic (36) war am 26. Mai gegen 0.45 Uhr mit seinem Auto unterwegs, als er bemerkte, dass ein etwa 25-jähriger Mann eine Frau verfolgte. Die Frau, die auf dem Heimweg von der Arbeit war, drehte sich um und wurde in der Folge von dem Täter mehrfach mit dem Kopf gegen eine Glasscheibe geschlagen. Der Mann versuchte zudem, ihr die Handtasche zu entreißen. Der Taxifahrer fuhr sofort rechts ran, hupte laut und rief durch das offene Fenster: „Lass die Frau los“. Darauf flüchtete der Angreifer. Subasic rief die Polizei. Zehn Minuten später stand er mit seinem Wagen auf einem Taxihalteplatz in der Nähe. Dort erkannte er den Täter, der gerade am Halteplatz vorbeikam, wieder. Sofort alarmierte er die Polizei. So konnten die Beamten der Streife, die sich um die Frau kümmerten, den Täter dank der schnellen Reaktion von Vlatko Subasic festnehmen.

In Abwesenheit geehrt wurden Regina Draht (41) und ihr Lebensgefährte Jörg Engelmann-Gorsic (44). Sie hatten am 16. Mai gegen 17 Uhr gesehen wie ein betrunkenener Mann sich ein Mädchen (10) geschnappt hatte, das mit ihrer Freundin auf Inline-Skatern unterwegs war. Der Mann hatte ihr unter das T-Shirt und an die Brust gegriffen. Die beiden eilten den Kindern sofort zur Hilfe. „Das Mädchen hat fürchterlich geweint“, erinnert sich Regina Draht. Jörg Engelmann-Gorsic konnte den stark alkoholisierten Täter schließlich überwältigen und bis zum Eintreffen der Polizei festhalten.

Kontakt:

Michael Klein

Landeshauptstadt Düsseldorf

Büro 08/KPR

40200 Düsseldorf

E-Mail: michael.klein@duesseldorf.de



„Die große Nein-Tonne“

Kinder stark machen gegen sexuellen Missbrauch

„Die große Nein-Tonne“ ist ein Präventionstheaterstück für Kinder der Vorschulen sowie der ersten und zweiten Grundschulklassen. Es wurde von der theaterpädagogischen Werkstatt Osnabrück als Vorbereitung auf das weit hin bekannte und regelmäßig in den dritten und vierten Klassen aufgeführte Theaterstück „Mein Körper gehört mir!“ entwickelt. Um bei den Kindern keine Langeweile aufkommen zu lassen, wurden hier in bewährter Weise Schauspiel, Dialog und Lied kombiniert.

Zwei Schauspieler schlüpfen in die Rolle zweier Kinder im Alter der Zielgruppe. Sie vermitteln in spielerischer und kindgerechter Weise, wie die jungen Zuschauerinnen und Zuschauer ihre Gefühle erkennen und lernen, ihnen zu vertrauen. Dabei wird zwischen positiven („Ja-Gefühl“) und negativen („Nein-Gefühl“) Empfindungen unterschieden. Die beiden Figuren begeben sich auf eine Entdeckungsreise durch ihren Alltag und werfen alles in die „Nein-Tonne“, was sie aufgrund ihres „Nein-Gefühles“ nicht hinnehmen können. Im Verlauf dieser Reise machen die beiden jedoch die Erfahrung, dass nicht alles, was

zunächst ein „Nein-Gefühl“ hervorruft, auch gleichzeitig in die Tonne gehört: Zähneputzen gehört für die beiden Darsteller ganz klar in die „Große Nein-Tonne“. Weil Zahnschmerzen aber viel schlimmer sind, wird es wieder aus der Tonne herausgeholt. Auf diese Weise beurteilen die beiden Figuren auf der Bühne – und mit ihnen die Kinder im Zuschauer Raum – alle Situationen, die ihnen auf ihrer Entdeckungsreise begegnen.

Das Theaterstück „Die große Nein-Tonne“ wurde im Januar 2009 im Rahmen einer Sichtveranstaltung gemeinsam vom KPR und dem Kriminalkommissariat Vorbeugung der Polizei Düsseldorf vorgestellt. Eingeladen waren alle Düsseldorfer Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer, Erzieherinnen und Erzieher an Düsseldorfer Kindertagesstätten sowie die Mitglieder von Jugendhilfe- und Schulausschuss des Düsseldorfer Stadtrates. Nach der Theateraufführung konnten die Gäste den Fachleuten vertiefende Fragen stellen.

Eine direkt im Anschluss an die Sichtveranstaltung in Zusammenarbeit mit dem städtischen Amt für Statistik und Wahlen durchgeführte Befragung mittels Wahlmaschinen ergab eine überwiegend positive Einschätzung des Stückes. Für spätestens das Jahr 2010 ist geplant, das Theaterstück in allen Düsseldorfer Grundschulklassen des 1. und 2. Jahrgangs anzubieten. Die Finanzierung erfolgt, wie schon bei „Mein Körper gehört mir!“, auch aus Mitteln des „Schutzengel-Projekts“, das weiterhin gern Spenden entgegen nimmt.

Kontakt:

Tanja Schwarzer
Landeshauptstadt Düsseldorf
Büro 08/KPR
40200 Düsseldorf
E-Mail: tanja.schwarzer@duesseldorf.de

Spendenkonto:

Konto 10 000 495, BLZ 300 501 10
Stadtsparkasse Düsseldorf

Verwendungszweck:

3204-0902-0079-3



Um Düsseldorfer Kindern möglichst frühzeitig aufzuzeigen, wie Probleme gewaltfrei gelöst werden können, startete die Landeshauptstadt Düsseldorf 2002 auf Initiative des Kriminalpräventiven Rates das Präventionsprogramm „Faustlos“ an sechs Grundschulen und 2004 in den Tageseinrichtungen für Kinder. Das Programm richtet sich an alle Kinder, so dass eine Stigmatisierung einzelner vermieden wird, und bezieht Eltern mit ein.

„Faustlos“ liegt die Annahme zugrunde, dass aggressives und gewaltbereites Verhalten wesentlich aus einem Mangel an sozialen Fähigkeiten resultiert, so dass angemessene Formen der Lösung von Problemen und Konflikten nicht möglich sind. Aus diesem Grund steht die Förderung pro-sozialer Verhaltensfertigkeiten von Kindern im Mittelpunkt. Über Lektionen und Trainingseinheiten, angepasst an den jeweiligen Entwicklungsstand der Kinder, vermittelt „Faustlos“ Kenntnisse und Fähigkeiten in den Bereichen Empathie, Impulskontrolle sowie Umgang mit Ärger und Wut. Die Kinder erlernen ihre eigenen und die Gefühle anderer besser wahrzunehmen und zu respektieren, um sich selbst und andere nicht zu schädigen.

Mit einem Materialkoffer mit Lektionen, Geschichten, Rollenspielen und Handpuppen wird das Programm von den jeweiligen Erzieherinnen, Erziehern, Lehre-

rinnen und Lehrern durchgeführt. In den Tageseinrichtungen für Kinder erstreckt es sich über etwa ein Jahr und im Primarbereich über drei Jahre.

Um differenzierte Aussagen über die Wirkung von „Faustlos“ machen zu können, wurden nach Ablauf der Lektionen Einzelbefragungen in den sechs Schulen durchgeführt. Schwerpunkte waren Angst, Aggression und Empathiefähigkeit der Schülerinnen und Schüler sowie Klassenklima, Berufszufriedenheit und Kompetenzüberzeugungen bei den Lehrerinnen und Lehrern. So konnte bei den teilnehmenden Kindern ein deutlicher Rückgang an Aggressionen, eine höhere Konzentrationsfähigkeit und eine Steigerung des Selbstbewusstseins festgestellt werden. Positiver Nebeneffekt war zudem die Verbesserung ihrer Sprachfähigkeit. Die Kinder lernten unter anderem, sich über einen längeren Zeitraum auf ein Thema zu konzentrieren und Andere aussprechen zu lassen. Über 90 Prozent der pädagogischen Fachkräfte, die das Programm durchgeführt haben, gaben eine sehr gute bis gute Rückmeldung. Auch manche Eltern staunten über die Wirkung:

„Was haben Sie mit meiner Tochter gemacht?“, fragte die Mutter eines Kindes. „Sie ist so höflich und rücksichtsvoll geworden. Als ich gestern telefonierte, fragte sie: Darf ich dich bitte mal unterbrechen? Da habe ich vor Schreck den Hörer aufgelegt.“



Fotos: © Michael Klein

Die Erfolgsgeschichte von „Faustlos“ erreichte 2009 ihren vorläufigen Höhepunkt. Die Fachstelle für Gewaltprävention konnte das Programm in der 100. Tageseinrichtung für Kinder etablieren. Dieser Erfolg wurde zum Anlass genommen, diese Tageseinrichtung zu würdigen und mit einem Fachtag für pädagogische Fachkräfte zu verbinden. Der Fachtag stand unter dem Motto „Kleine Kinder – Kleine Sorgen? – Fachtagung im Rahmen des Projektes „Faustlos“ am 17. September 2009“. Da der KPR maßgeblich an der Einführung des Projektes beteiligt war, ließ es sich der Vorsitzende, Werner Leonhardt, nicht nehmen, die Fachbesucher und Referenten persönlich mit einem Grußwort Willkommen zu heißen.

Die anschließenden Fachvorträge zu Themenbereichen wie „Keiner fällt durchs Netz – Neurobiologische Befunde, Fragen und Herausforderungen zu frühkindlichen Maßnahmen zur Gewaltprävention“ und „Kindersprache und Gewalt“ sowie „Individuelle Lösungsansätze zur gewaltfreien Kommunikation“ führten die Besucher durch einen interessanten und informativen Tag. Neben diesen Fachvorträgen wurde den Beteiligten auch die Zeit für einen Erfahrungsaustausch eingeräumt. Dieses Angebot wurde von allen Fachkräften gerne aufgenommen und es entstand ein reger Dialog. Darüber hinaus konnte anhand der Nachfragen gut nachvollzogen werden, bei welchen Themenbereichen die Fachkräfte noch zusätzlichen Informationsbedarf hatten. Entsprechende Anregungen wurden seitens der Fachstelle für Gewaltprävention aufgenommen und werden ggf. in einem weiteren Fachtag vertieft.

Höhepunkt der Veranstaltung war die Würdigung der 100. „Faustlos“-Kindertageseinrichtung. Der zuständige Sozial- und Jugenddezernent, Burkhard Hintzsche, überreichte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Tageseinrichtung im Rahmen einer Pressekonferenz das zur Durchführung des Projektes erforderliche Unterrichtsmaterial.

Die positive Entwicklung zur flächendeckenden Einrichtung des „Faustlos“-Programms war und ist möglich, weil sich alle Grundschulen und Tageseinrichtungen jederzeit bei der Fachstelle für Gewaltprävention anmelden können, um das Programm in ihrer

Institution einzuführen. Für die Institutionen entstehen dabei keine Kosten. Die Unterrichtsmaterialien (insbesondere der sogenannte Faustloskoffer) werden vorgehalten und für den Zeitraum der Programmdurchführung an die Institutionen ausgeliehen. Eine eintägige Fortbildungsveranstaltung und die Teilnahme an zwei Supervisionsterminen sind für die Pädagoginnen und Pädagogen verpflichtend.

Bis Ende des Jahres 2009 konnte die Fachstelle für Gewaltprävention das Programm „Faustlos“ in insgesamt 113 Tageseinrichtungen für Kinder und 44 Schulen einführen. „Faustlos“ ist in Düsseldorf evaluiert worden.

Kontakt:

Martina Kampf-Kiefer

Landeshauptstadt Düsseldorf

Fachstelle für Gewaltprävention

40200 Düsseldorf

E-Mail: martina.kampf-kiefer@duesseldorf.de



Werner Leonhardt begrüßt die Teilnehmenden.

Fairness-Preis an Schulen

16



© Landeshauptstadt Düsseldorf

Im Kontext der zahlreichen Wettbewerbe für Schulen entschied sich die Fachgruppe „Gegen Gewalt an Schulen“ den bisherigen Düsseldorfer Preis „Schulen gegen Gewalt“ zu modifizieren und 2009 ein niedrigschwelliges Angebot unter dem Titel „Ich bleibe fair – Der Fairness-Preis für die Düsseldorfer Schulen“ auszuschreiben. Damit sollen Schülerinnen, Schüler und Schülergruppen ausgezeichnet werden, die **außerordentlich faires, soziales, ehrenhaftes und zivilcouragiertes Verhalten gezeigt haben; beispielsweise durch die Integration von Menschen anderer Kulturkreise, Menschen mit Benachteiligungen oder Menschen in Not. Es war der Fachgruppe ein Anliegen, mit dem Fairness-Preis anderen Schülerinnen und Schülern Mut zu machen, durch faires Handeln Vorbild für alle zu sein und ein Signal zu geben, dass faires und zivilcouragiertes Verhalten gesehen und belohnt wird.**

Acht Düsseldorfer Schulen haben Schülerinnen und Schüler vorgeschlagen, die eine besondere Auszeichnung aufgrund Ihres Engagements erhalten sollten. Die Auswahlkriterien berücksichtigten alle Meldungen, um keinen Wettbewerb zu initiieren und jedes soziale Engagement an den Schulen zu ehren. Alle Schülerinnen und Schüler erhielten einen Bücher-Gutschein verbunden mit einem Dankschreiben des Beigeordneten Burkhard Hintzsche.

Regine Brochhagen-Klein, Schulleiterin bei der Überreichung des Fairness-Preises an Jan Krüsemann, Klasse 11 A. Frau Linn, Oberstufenleiterin und die Klasse 11 A freuten sich mit Jan.

Die Joseph-Beuys-Gesamtschule hat sich bereits im ersten Anlauf an der Initiative der Fachgruppe „Gegen Gewalt an Schulen“ erfolgreich beteiligt. Ausgezeichnet wurde Jan Krüsemann, der seit vielen Jahren im Streitschlichter-Team der Gesamtschule engagiert arbeitet und Mitglied der Schulschiedsstelle der Landeshauptstadt Düsseldorf ist. Sein besonnenes und vorbildliches Handeln in Konfliktsituationen und die große Akzeptanz seiner Entscheidungen durch die Schülerinnen und Schüler wurden geehrt.

Kontakt:

**Jürgen Hölsken
Landeshauptstadt Düsseldorf
Schulverwaltungsamt
40200 Düsseldorf
E-Mail: juergen.hoelsken@duesseldorf.de**

Notfall- Management an Schulen

Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Winnenden beschäftigte sich die Fachgruppe „Gegen Gewalt an Schulen“ im Jahr 2009 im Schwerpunkt mit dem Thema „Zielgerichtete Gewalt an Schulen und Notfallmanagement“. Der Erfahrungsbericht von Stefan Drewes, Leiter der Schulpsychologischen Beratungsstelle und begleitender Notfallpsychologe in Winnenden, brachte dazu aktuelle Erkenntnisse aus den bisherigen Studien und dem Arbeitsbereich „Krisenintervention in Schule“ der Schulpsychologischen Beratungsstelle ein.

Das Phänomen „School-Shootings“ beinhaltet Tötungen oder Tötungsversuche durch Jugendliche an Schulen, die mit einem direkten oder zielgerichteten Bezug zu der jeweiligen Schule begangen werden. In Deutschland sind seit 1999 zehn Taten von männlichen Jugendlichen begangen worden. Fakten sind, dass die begleitende Medienpräsenz die Phantasie anderer Jugendlicher zur Nachahmung fördert, die Symbole der Täter Identifikationsmöglichkeiten bieten und um die Jahrestage häufig Nachahmungstaten stattfinden. Die Täter zeigten keine schwerwiegenden psychischen Störungen, aber Tendenzen zu Depression, Suizidalität und leichter Kränkbarkeit. Sie erlebten im Vorfeld der Tat häufig Mobbing und Ausgrenzung und in fast allen Fällen fanden schulische Disziplinarverfahren statt. Wachdienste oder Videoüberwachungen hätten – so die einhellige Auffassung der Fachleute – die Tat nicht verhindern können und perspektivisch können nicht alle Zugänge zu Schulen geschlossen werden.

Die Auswertungen und Empfehlungen der Fachleute zur Vermeidung solcher Taten waren u.a. die Einrichtung eines sogenannten Amokalarms an Schulen, die Bildung schulinterner Krisenteams, Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte, die Schaffung von Früherkennungssystemen zur Risikoeinschätzung auffälliger Schüler sowie die Stärkung der sozialen Kompetenz, die Bildung kleinerer Klassen und der Ausbau der Schulsozialarbeit sowie von Expertenstellen.

In Düsseldorf wurden bereits vor Winnenden notwendige Maßnahmen zur Prävention von „School-Shootings“ in Kooperation zwischen kommunalen und freien Trägern auf mehreren Ebenen sukzessive umgesetzt:

- Vorstellung der Notfallpläne des Landes NRW bei allen Schulleitungen,
- Angebot von Fortbildungen, wie zum Beispiel „Früherkennung von schwerer zielgerichteter Gewalt an Schulen“ und „Krisenkompetenz und Bildung von schulinternen Krisenteams“,
- Durchführung der Fachtagung „Wenn der Notfall eintritt“,
- Durchführung der Informationsveranstaltung „Umgang mit Krisen“,
- Veröffentlichung von Informationsbroschüren zu Trauma und Trauer in der Schule,
- Bedarfsermittlung bei den Schulleitungen,
- Umsetzung des Erlasses „Kooperation Schule und Polizei“ – die zuständigen Polizeibeamten stellten sich den Schulen vor, ermittelten deren Bedarf und boten Unterstützung an.

An allen Schulen wurden zwischenzeitlich Krisenpräventionsteams gebildet und geschützte und nicht einsehbare Sammelplätze für die jeweilige Schule festgelegt. Auch die langjährig etablierten flankierenden Angebote der Fachgruppe „Gegen Gewalt an Schulen“ und der Fachstelle für Gewaltprävention zur Prävention von Gewalt unterstützen nachweislich das soziale Klima in Schulen. Sie sind somit fördernde Maßnahmen zur Prävention von „School-Shootings“ ebenso, wie der Einsatz von Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeitern in allen Düsseldorfer Haupt-, Förder-, Real- und Gesamtschulen sowie an allen Berufskollegs.

Zur Verbesserung der Sicherheit in den Düsseldorfer Schulgebäuden und um ein schnelles Eingreifen der Polizei zu ermöglichen werden außerdem Raum-, Lage- und Umgebungspläne der Schulen aktualisiert, flächendeckend eine Klassenraumbeschriftung (Gebäude, Stockwerk, Raum – innen und außen) angebracht, Fluchtpläne installiert, Generalschlüssel hinterlegt und Sprechcodes für die Aktivierung der Lautsprecheranlagen vereinbart.

In enger Kooperation mit den kommunalen und überregionalen Expertenkreisen bleibt das Thema weiterhin im Fokus der Fachgruppe, um alle Möglichkeiten von Prävention zu nutzen.

Kontakt:

Jürgen Hölsken
Landeshauptstadt Düsseldorf
Schulverwaltungsamt
40200 Düsseldorf
E-Mail: juergen.hoelsken@duesseldorf.de

Täter-Opfer-Ausgleich in Fällen von Graffiti

Unter dem Begriff Graffiti versteht man heute großflächige Farbbilder („pieces“) und Schriftzüge persönlicher Pseudonyme („tags“), die mit Sprühdosen, Filzstiften und diversen Kratzwerkzeugen erstellt werden. Die Individualität in Form, Farben und Stilistik steht dabei im Vordergrund.

Durch Graffiti entstehen jährlich beträchtliche Schäden. Strafrechtlich werden unerwünschte Kratzereien oder Farbauftragungen, die nicht ohne Substanzverletzung des Untergrundes zu beseitigen sind oder unbefugt das Erscheinungsbild einer fremden Sache „nicht nur unerheblich und nicht nur vorübergehend“ verändern, nach § 303 StGB beziehungsweise § 304 StGB als Sachbeschädigungen gewertet. Die Sachbeschädigungen sind immer wieder ein Thema in der Öffentlichkeit und es werden vielfältige unterschiedliche Konzepte zur Vermeidung von Graffiti in den Kommunen probiert.



In Düsseldorf existierte zwar ein Gesamtkonzept zum Thema Graffiti, das in der Praxis jedoch auf Grenzen stieß. Ende 2008 gab es daher innerhalb der Ratsgremien und der Stadtverwaltung eine verstärkte Diskussion zu diesem Thema.

Ein neuer Konzeptbaustein sollte die Übertragung des Münchener Projektes „ProGraM“ (Projekt Graffiti München) nach Düsseldorf – natürlich unter Berücksichtigung lokaler Besonderheiten – sein. Bei „ProGraM“ handelt sich um ein Projekt zum Täter-Opfer-Ausgleich, insbesondere vor dem Hintergrund, dass den oft jugendlichen Ersttätern eine Überschuldung aufgrund der Erfüllung zivilrechtlicher Schadensersatzansprüche erspart bleiben soll. Zu diesem Zweck wurde der Projektverantwortliche aus München nach Düsseldorf eingeladen, der den potentiellen Kooperationspartnern – Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendamt, Jugendring und Kriminalpräventiver Rat – aus erster Hand anschaulich berichtete und sich den kritischen Nachfragen stellte.

Kooperationspartner in Düsseldorf sollen neben Polizei, Staatsanwaltschaft, Kriminalpräventiver Rat, Jugendamt (Jugendgerichtshilfe), Amt für Gebäudemanagement, Verkehrsbetriebe unter anderem auch Telekom, Stadtwerke und Haus- und Grundbesitzerverein sein.

Bei der Zielgruppe der Täterinnen und Täter handelt es sich um Jugendliche und Heranwachsende von 14 bis 21 Jahren, die eine Straftat im Bereich Sachbeschädigung (§303 StGB) beziehungsweise gemeinschädliche Sachbeschädigung (§304 StGB) mit Graffiti-Bezug begangen haben und zu deren Ahndung die gesetzlichen Grundlagen des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) herangezogen werden. In Bezug auf Sachbeschädigung durch Graffiti soll es sich um geständige Ersttäter handeln. Die vorzuschlagenden Projekt-Teilnehmer müssen zuvor von der Polizei ermittelt worden sein, haben ihre Taten gestanden und die Bereitschaft geäußert, sich aktiv um einen Ausgleich mit den Geschädigten zu kümmern. Für die Aufnahme in das Projekt ist neben dem Geständnis und dem Wiedergutma-

chungswillen der Jugendlichen auch notwendig, dass eine Wiedergutmachung im Rahmen des Projekts von Art und Umfang der Schäden sowie den persönlichen Umständen der Jugendlichen her möglich ist. Alle von den jugendlichen und heranwachsenden Projekt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmern durch Graffiti geschädigte Personen, Firmen, Kommunen, öffentlich-rechtliche Einrichtungen und Eigentümergemeinschaften sollen eingeladen werden, am Täter-Opfer-Ausgleich teilzunehmen. Diese Teilnahme ist ausdrücklich nicht auf bestimmte Personen, Firmen oder Rechtsformen beschränkt.

Zur Verwirklichung der Idee einer gemeinsamen integrativen Konzeption ist es erforderlich, innovative Wege zu beschreiten mit dem Ziel, dass:

- eine schnellstmöglich auf die Tat folgende Sanktion dem Beschleunigungsgrundsatz im Jugendstrafrecht Rechnung trägt,
- die Täterinnen und Täter mit den Straftaten konfrontiert werden und so lernen, Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen,
- eine für den Jugendlichen leistbare und für den Geschädigten befriedigende Schadenswiedergutmachung stattfindet,
- möglichst eine direkte Schadenswiedergutmachung des Schädigers beim Geschädigten erfolgt, auch wenn dieser eine juristische Person ist,
- die unmittelbare Wiedergutmachung präventiv wirkt,
- künftige Straffälligkeit durch sozialpädagogische Angebote und präventive Maßnahmen vermieden wird,
- zivilrechtliche, strafrechtliche und pädagogische Folgen nicht voneinander abgespalten werden,
- Jugendliche an der Schwelle zum Erwachsenwerden nicht durch langjährige Überschuldung belastet werden,
- der Einstieg in das Berufsleben nicht durch Schulden und Verurteilung erschwert wird.



Die Ermittlungen von Graffiti-Straftätern erfolgen durch das Polizeipräsidium Düsseldorf (sowie die Bundespolizei), die:

- jugendliche und heranwachsende, in Düsseldorf wohnhafte und ohne Einschränkung geständige Beschuldigte auf die Möglichkeit der Projektteilnahme mit Entscheidungsvorbehalt durch die Staatsanwaltschaft hinweist und
- die Staatsanwaltschaft Düsseldorf über die Person der/des Beschuldigten sowie den Gegenstand der Ermittlungen informiert und eine Entscheidung hinsichtlich der Teilnahme am Projekt einholt.

Hält die Staatsanwaltschaft den Fall für geeignet, erfolgt von dort (über die sachbearbeitende Polizeidienststelle) die Weisung an die/den Beschuldigten gemäß §45/II und analog §47/I Satz 1 JGG, sich um Schadensausgleich (grundsätzlich durch Arbeitsleistung in Form von Reinigungsarbeiten) zu bemühen, um damit Sprayerinnen oder Sprayer mit ihrem Handeln zu konfrontieren und den entstandenen Schaden auch begreifbar zu machen. Erklären sich die Beschuldigten – beziehungsweise bei Minderjährigen die gesetzlichen Vertreter – mit der Projekt-Teilnahme einverstanden, erhalten sie von der Polizei ein Melde- und Informationsblatt sowie den Flyer zu dem „Düsseldorfer Graffiti-Projekt“ ausgehändigt. Sie müssen sich dann innerhalb von drei Wochen mit dem Träger des Projekts, dem Jugendring Düsseldorf, in Verbindung setzen. Eine Ausfertigung des Meldeblattes wird durch die sachbearbeitende Dienststelle unverzüglich dem Jugendring sowie der Staatsanwaltschaft zur Information zugeleitet. Über den Ausschluss aus dem Projekt bei vorzeitigem und verschuldetem Abbruch, einer mangelhaften Teilnahme sowie bei erneuter Begehung einer Straftat mit Graffiti-Bezug entscheidet die Staatsanwaltschaft.

Darüber hinaus wird die Staatsanwaltschaft durch den Jugendring Düsseldorf informiert:

- bei unregelmäßiger Teilnahme des Jugendlichen (schriftlich),
- bei besonderen Vorkommnissen (telefonisch, per Fax oder Brief),
- während der Projektteilnahme in Form eines Zwischenberichtes nach spätestens vier Monaten ab Aushändigung des Meldeblattes sowie
- nach Beendigung der im Projekt vorgesehenen Maßnahmen mittels Abschlussbericht.

Die Schadenswiedergutmachung durch die Täterinnen und Täter erfolgt mit Unterstützung des Jugendrings Düsseldorf. Er unterstützt die Jugendlichen bei der Kontaktaufnahme mit den Geschädigten, hilft ihnen, einen Überblick über ihre Schäden und die Vereinbarungen zu deren Beseitigung zu behalten, vermittelt bei der Vereinbarung der Wiedergutmachungsleistung und – im Konfliktfall – zwischen Geschädigten und Schädigern. Der Jugendring Düsseldorf nimmt auch Kontakt zu den Erziehungsberechtigten auf und vermittelt zwischen allen von der gesamtschuldnerischen Haftung betroffenen Jugendlichen und gegebenenfalls deren Eltern.

Zur Herbeiführung einer Schadensersatzregelung zwischen Schädigern und Geschädigten ist eine Regelung zwischen den beiden Parteien über die Abwicklung der Schadenswiedergutmachung herzustellen. Die Vereinbarungen über Arbeitsleistungen und Ausgleichszahlungen werden durch Vermittlung des Jugendrings getroffen und festgelegt. Der Arbeitseinsatz, der dieser Vermittlung folgt, beziehungsweise die Anzahl der beim Geschädigten beziehungsweise der Reinigungsfirma zu leistenden Arbeitsstunden orientieren sich am Schaden und den Erfordernissen zu dessen Beseitigung. Das Ergebnis der Wiedergutmachung wird von einem Sozialpädagogen kontrolliert und festgehalten, beispielsweise über eine Bestätigung des Geschädigten (telefonisch/schriftlich) oder durch Fotos. Auch ein Verzicht des Geschädigten, eine symbolische Wiedergutmachung (Entschuldigung), ein Scheitern der Wiedergutmachung oder ein Ausbleiben einer Antwort des Geschädigten trotz mehrmaliger

Sport und Sicherheit

Anfragen wird von dem Sozialpädagogen dokumentiert. Die Ergebnisse werden in einer Liste zusammengefasst der Staatsanwaltschaft mitgeteilt. Diese Schadensliste mit den Ergebnissen der Wiedergutmachung wird den Zwischenberichten und den Abschlussberichten beigelegt.

Wenn eine direkte Beseitigung des vom Jugendlichen verursachten Schadens nicht möglich ist, kann auch eine entsprechende Ersatzwiedergutmachung erfolgen. Wenn beispielsweise das Graffiti bereits beseitigt wurde, kann dafür etwas anderes als Wiedergutmachung von Farbschmierereien gereinigt werden. Auch andere Reinigungsarbeiten oder eine der Beseitigung des eigenen Graffiti vergleichbare Arbeit kann als Wiedergutmachung vereinbart werden. Dies ist sowohl eigenständig, direkt beim Geschädigten, als auch durch Mitarbeit bei Personen oder Firmen möglich, die von Geschädigten zur Reinigung beauftragt wurden. Dadurch wird kein Arbeitsverhältnis bei diesen Firmen begründet. Das Arbeits- und Steuerrecht findet hier keine Anwendung, weil es sich um eine Wiedergutmachung von Schäden durch den Verursacher beim Geschädigten nach Weisung handelt.

Die Finanzierung der Personal- und Sachkosten des Projektes erfolgt im Wesentlichen durch die Landeshauptstadt Düsseldorf, die für das Jahr 2010 insgesamt 100.000 Euro zur Verfügung stellt. Für die Jahre 2011 und 2012 werden je bis zu 80.000 Euro in den kommunalen Haushalt eingestellt. Darüber hinaus weist die Staatsanwaltschaft zweckgebundene Geldbußen gemäß § 153 a Strafprozessordnung zu. Spenden beziehungsweise Sachspenden sollen ebenfalls zu einem Gelingen des zunächst auf drei Jahre angelegten Modellprojekts beitragen.

Kontakt:

Achim Radau-Krüger
Jugendring Düsseldorf
Lacombletstraße 10
40239 Düsseldorf

E-Mail: info@jugendring-duesseldorf.de

Die Fachgruppe „Sport und Sicherheit“ unter Vorsitz des Leiters des städtischen Sportamtes hatte sich im Jahr 2009 unter anderem mehrerer öffentlichkeitswirksamer Themen anzunehmen.

Unruhe im Naherholungsgebiet

Die Anwohner eines Wohngebietes, das in unmittelbarer Nähe zu einem Naherholungsgebiet zwischen Düsseldorf und der Nachbargemeinde Hilden liegt, beschwerten sich über die Freizeitgestaltung einiger, zumeist jugendlicher, Personengruppen. Insbesondere in den warmen Sommermonaten kam es in diesem Gebiet wiederholt zu Sachbeschädigungen und Lärmbelästigungen.

So wurden beispielweise Zäune beschädigt, die das Gelände des Sportamtes vom öffentlichen Teil des Gebietes abtrennten. Der ansässige Kanuverein beklagte die Beschädigung seiner aufgestellten Trainingsstrecke auf dem See und einen körperlichen Angriff auf einige seiner Mitglieder, die ihrem Training nachgehen wollten. Die Anwohner auf Hildener Stadtgebiet berichteten zudem nicht nur von Lärmbelästigungen zu nächtlicher Stunde, sondern auch von der zunehmenden Vermüllung rund um den See und das widerrechtliche Parken in ihrem Wohngebiet. All diese Vorkommnisse führten dazu, dass sich eine Anwohnerinitiative gründete, die die Problematik sowohl in der Hildener als auch in der Düsseldorfer Stadtverwaltung bekannt machte.

Auf unbürokratischem Weg haben sich Vertreter der Stadtverwaltungen Düsseldorf und Hilden sowie der Polizei beider Städte mit Vertretern der Bürgerinitiative getroffen um die bestehenden Probleme zu diskutieren und Lösungsansätze zu finden. Für die Fachgruppe „Sport und Sicherheit“ haben an diesen Gesprächen Vertreter des städtischen Sportamtes teilgenommen.

Im Ergebnis ergänzen sich die Maßnahmen beider Städte: auf Hildener Stadtgebiet wird verstärkt die Verkehrsraumüberwachung im betreffenden Wohngebiet betrieben. Auf Düsseldorfer Stadtgebiet wurde

insbesondere der Ordnungs- und Servicedienst eingebunden, dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regelmäßig die neuralgischen Punkte im Naherholungsgebiet kontrollieren. Auch die zuständigen Polizeidienststellen in Hilden und Düsseldorf bestreifen das Gebiet regelmäßig. Naturgemäß nahmen die Störungen mit zunehmender Wetterverschlechterung ab. Das Thema wird alle Beteiligten wahrscheinlich auch im kommenden Jahr beschäftigen, sobald die Temperaturen erneut zu abendlichen Grillfesten einladen.

Fortuna Düsseldorf

Im Zusammenhang mit dem sportlichen Erfolg von Fortuna Düsseldorf traten leider auch die altbekannten Probleme mit bestimmten Fangruppen – sowohl Anhänger der Heim- als auch der Gastmannschaften gleichermaßen betroffen – wieder verstärkt auf.

Rückblick:

- Spiel Fortuna Düsseldorf gegen Union Berlin: zahlreiche Fans wurden durch die Polizei in der Gaststätte Kastanie „eingekesselt“.
- Aufstiegsfeier nach dem Spiel Fortuna Düsseldorf gegen Werder Bremen II: zahlreiche Ausschreitungen in der Düsseldorfer Altstadt, u.a. tätliche Angriffe auf Einsatzkräfte der Polizei und Rettungssanitäter der Feuerwehr, Niederbrennen eines Einsatzfahrzeuges der Polizei.

Im Zuge dieser Ereignisse im April und Mai 2009 wurden zahlreiche Stimmen laut, die sowohl das Verhalten der Polizei als auch das Verhalten der Fans kritisierten. Auch das örtliche Verkehrsunternehmen, die Rheinbahn, beklagte eine Zunahme von durch Fußballfans verursachten Vandalismusschäden innerhalb der eingesetzten Bahnen. Die Vorfälle führten schließlich dazu, dass sich Oberbürgermeister Elbers und Polizeipräsident Schenkelberg darauf verständigten, die Vorfälle innerhalb der bestehenden Fachgruppe „Sport und Sicherheit“ des Kriminalpräventiven Rates aufzuarbeiten. Von Vorteil war, dass alle am Fußballgeschehen beteiligten Behörden und Organisationen dort bereits zusammenarbeiteten und kein neues Gremium geschaffen werden musste. Zu den Mitglie-

dern der Fachgruppe zählen insbesondere die Landes- und Bundespolizei, die Rheinbahn, die Feuerwehr, das Sportamt, das Amt für Verkehrsmanagement, das Ordnungsamt, die Fortuna und deren Fanbeauftragter, das Fan-Projekt des Düsseldorfer Jugendrings sowie der bei Fußballspielen im Stadion eingesetzte Ordnerdienst und die Betreibergesellschaft der Arena.

Am 25. Juni 2009 trafen sich die Mitglieder der Fachgruppe „Sport und Sicherheit“ zu einer ersten Besprechung über die genannten Ereignisse. Im Rahmen dieser Sitzung wurden in professioneller Atmosphäre die bestehenden Kritikpunkte offen angesprochen, Optimierungsmöglichkeiten aufgezeigt und neue Ideen hinsichtlich der Abwicklung des Einsatzgeschehens geäußert. Obwohl alle Mitglieder den neuen Ideen grundsätzlich offen gegenüberstanden, musste im Laufe des Jahres noch einiges an Überzeugungsarbeit geleistet werden. Insbesondere der Einsatz von Bussen zum Transport von Fußballfans zur und von der Esprit-Arena, sowie die freie Durchfahrt für die Sonderzüge der Rheinbahn an Spieltagen führte – nicht zuletzt wegen der damit verbundenen zusätzlichen Personal- und Sachkosten – zu kontroversen Diskussionen. Um eine intensive Bearbeitung dieses wichtigen Themenkomplexes zu gewährleisten, wurde eine eigene Arbeitsgruppe unter der Leitung der Rheinbahn eingerichtet. Ziel war von Anfang an, ein Gesamtkonzept „Sicherheit im Umfeld von Fußballspielen“ auf den Weg zu bringen und stetig fortzuschreiben.

Erste Ergebnisse wurden bereits in der folgenden Fachgruppensitzung am 24. September 2009 vorgestellt. Insbesondere wurde eine Verbesserung der Kommunikation innerhalb der beteiligten Behörden und Organisationen sowie des Informationsflusses untereinander verzeichnet. Außerdem nahm die Rheinbahn regelmäßige Gespräche mit den Fanorganisationen der Fortuna auf, sodass gemeinsame Treffen von Fahrern der Rheinbahn mit Fortuna-Fans schon im Sommer 2009 realisiert werden konnten. Dies soll zu einer Verstärkung des „Wir-Gefühls“ beitragen: „Unsere Rheinbahn bringt uns zu unserer Fortuna!“ Darüber hinaus befasste sich die Arbeitsgruppe „An- und Abreise“ unter anderem intensiv mit dem Thema „Grüne Welle“ für die Fan-Straßenbahnen. Dadurch



soll erreicht werden, dass die U-Bahn-Züge – möglichst ohne Zwischenstopps – zwischen Hauptbahnhof und Esprit-Arena verkehren können. Aufgrund der ermittelten nicht unerheblichen Kosten für die technische Umrüstung der Signalanlagen ist die Realisierung einer solchen „Grünen Welle“ aber nicht ohne Weiteres möglich. Daher wird sich die Fachgruppe mit diesem Aspekt auch zukünftig beschäftigen. Als anlassbezogene Ergänzung zu den Straßenbahntransporten wurde beschlossen, den Einsatz von Rheinbahnbussen – zunächst an einem Spieltag – zu testen. Die Auswertung der Erkenntnisse soll zu der Entscheidung führen, ob dieser Einsatz von Bussen bei geeigneten Fangruppen in Abstimmung mit der Polizei dauerhaft zum Angebot gehören wird.

Auch Fortuna II schaffte in diesem Jahr einen Aufstieg, nämlich den in die Regionalliga West. Die Spiele werden ausschließlich im Paul Janes Stadion ausgetragen. Da sich auch diese Mannschaft zahlreicher Fans erfreuen kann, sind ebenfalls im Vorfeld dieser Spiele intensive Vorbereitungen seitens der Landes- und Bundespolizei, der Feuerwehr, des Vereins, der Fanbeauftragten, des Ordnungsdienstes, des Sportamtes und des Amtes für Verkehrsmanagements etc. erforderlich. Da die Spielstätte „Paul Janes Stadion“ durch das Sportamt betrieben wird, lädt ein Mitarbeiter zu den regelmäßig stattfindenden Vorbesprechungen ein. Von Saisonstart (August 2009) bis Jahresende fanden insgesamt sieben Besprechungen unter der Leitung des Sportamtes statt. Schwerpunkte sind An-

und Abreise der Heim- und Gästefans, Anreise von sogenannten Problemfans, Einsatz des vom Verein eingesetzten Ordnungsdienstes, die Öffnung von Tribünenbereichen für die Zuschauer sowie die Nachbereitung des vergangenen Spieles. Die Fußballveranstaltungen verlaufen überwiegend friedlich und ohne Zwischenfälle. Die Abwicklung wird auch in 2010 in bewährter Weise durch das Sportamt sichergestellt.

Kontakt:

Tanja Schwarzer
Landeshauptstadt Düsseldorf
Büro 08/KPR
40200 Düsseldorf
E-Mail: tanja.schwarzer@duesseldorf.de

Fachtag „Jugendliche und Rechtsextremismus in Düsseldorf“

Auf Beschluss des Jugendhilfeausschusses fand am 23. März 2009 im Bürgersaal des Stadtteilzentrums Bilk ein Fachtag mit dem Thema „Jugend und Rechtsextremismus in Düsseldorf“ statt. Ziel der Veranstaltung sollte sein, über rechtsextremistische Strömungen in Düsseldorf zu informieren und die bisherigen Maßnahmen für Demokratie und gegen Extremismus einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

In Kooperation des Jugendamtes mit dem Kriminalpräventiven Rat wurde der Fachtag realisiert. Weitere Kooperationspartnerinnen und -partner bildeten der polizeiliche Staatsschutz, der Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, der Düsseldorfer Appell sowie die Fachstelle für Gewaltprävention der Landeshauptstadt Düsseldorf. Eingeladen waren ausschließlich die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, des Schulausschusses, Mitglieder der Kriminalpräventiven Räte auf gesamtstädtischer und Bezirksebene und interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Nach Begrüßung durch den KPR-Vorsitzenden sowie eine kurze Einführung in das Veranstaltungsthema durch ihn folgten die Vorträge „Erlebniswelt Rechtsextremismus – Die Attraktivität des Rechtsextremismus für Jugendliche“ und „Rechtsextremismus in Düsseldorf – Hintergründe und Zahlen“. Beide Vorträge machten die Methoden rechtsextremer Gruppierungen transparent und zeigten auf, wo Jugendliche für solche Strategien besonders empfänglich sind. Für Düsseldorf konnte resümiert werden, dass im Stadtgebiet keine festen rechtsextremistischen Strukturen bekannt sind.

Im Anschluss an die Fachvorträge folgten Praxisberichte der Fachstelle für Gewaltprävention, des Düsseldorfer Appells und von Karl-Phillip Schmitz, der zudem Filmbeiträge aus dem Projekt „GG 19 – Die Grundrechte verlassen das Kino“ zeigte. Insbesondere die Filmbeiträge stießen auf großes Interesse. Einhellig bestand die Auffassung, dass sich diese Filme in hervorragender Weise eignen, Inhalt, Wirkung und Zielgruppe der Grundrechtsartikel des Grundgesetzes darzustellen und zur Diskussion über die damit verbundenen Werte anzuregen.



Fotos: © Michael Klein

Im Anschluss an die Veranstaltung wurden die Besucherinnen und Besucher durch das städtische Amt für Statistik und Wahlen zum Fachtag befragt. Der zugrundeliegende Fragebogen wurde in Kooperation mit dem Jugendamt erstellt und beinhaltete eine Beurteilung der Gesamtveranstaltung sowie der einzelnen Teile des Fachtages. Die Auswertung des Fragebogens ergab ein insgesamt positives Resümee. Der Mix der verschiedenen Vorträge wurde für gut befunden. Besonders positiv wurde auch hier die Praxisvortrag von Karl-Phillip Schmitz zum Thema Grundrechte aufgenommen. Die gezeigten Filme zu den Grundrechtsartikeln wurden für den Schulbetrieb als besonders wertvoll eingestuft und das Jugendamt wurde gebeten, bei einer Verbreitung in Jugendfreizeiteinrichtungen und Schulen behilflich zu sein.

Kontakt:

Michael Hein

Jugendamt

40200 Düsseldorf

E-Mail: michael.hein@duesseldorf.de

Karl-Phillip Schmitz

Soziales Kulturmanagement

Volmerswerther Straße 34

40221 Düsseldorf

E-Mail: k.p.schmitz@culture-net.eu



Die Kriminalpräventiven Räte in den Stadtbezirken

Stadtbezirk 4

Oberkassel – Heerd – Lörick – Niederkassel
Schwerpunkte in der Arbeit des Kriminalpräventiven Rates des Stadtbezirks 4 waren 2009 folgende Themen:

Mein Körper gehört mir Seit 2006 finanziert die Bezirksvertretung 4 die Veranstaltungen zum Thema „Sexueller Missbrauch an Kindern“ an den linksrheinischen Grundschulen. Bis heute wurde dafür ein Gesamtbetrag von rund 12.300 Euro bereit gestellt. 2009 kamen die Veranstaltungen „Die große Nein-Tonne“ zur Sensibilisierung von Gefühlen und Ängsten hinzu.

Angsträume Seit 2007 hat sich der Kriminalpräventive Rat des Stadtbezirks 4 dem Thema „Angsträume“ gewidmet. Anfängliche Gespräche mit den Heimat- und



© Michael Klein

Bürgervereinen haben an verschiedenen Stellen zu punktuellen Verbesserungen wie zum Beispiel den Rückschnitt von Gebüsch geführt. Das Thema wurde insoweit weiter fortentwickelt, als dass intensiv genutzte Wege in Grünanlagen auf das Erfordernis zur Beleuchtung hin untersucht worden sind.

Eine erste Maßnahme ist die Beleuchtung der Wegeverbindung zwischen der Askanierstraße und der Joachimstraße gewesen. Dieser Weg wird sehr intensiv auch von Schulkindern auf dem Weg zur Grundschule in Niederkassel benutzt. Die Finanzierung ist aus Mitteln der Bezirksvertretung 4 erfolgt.

Fahrradcodierungen Die örtliche Polizei nutzt Veranstaltungen im Stadtbezirk, um Fahrradcodierungen vorzunehmen und damit dem Fahrraddiebstahl präventiv zu begegnen. Aufgrund der guten Resonanz kann gesagt werden, dass diese Maßnahme bei der Bevölkerung hervorragend angekommen ist.

Kontakt:

Sabine Wingert
Landeshauptstadt Düsseldorf
Bezirksverwaltungsstelle 4
40200 Düsseldorf
E-Mail: bezirksverwaltungsstelle.04@duesseldorf.de

Stadtbezirk 6

Lichtenbroich – Mörsenbroich – Rath – Unterrath
Schwerpunkte in der Arbeit des Kriminalpräventiven Rates des Stadtbezirks 6 waren 2009 folgende Themen:

Gewaltprävention für Kinder und Jugendliche Ein zentrales Thema bei den Beratungen der Bezirksvertretung 6 war die „Gewaltprävention für Kinder und Jugendliche“. Die Bezirksvertretung 6 hat diesen Bereich auch im vergangenen Jahr durch mehrere Zuschüsse an Schulen – u.a. für die Aktion „Mein Körper gehört mir“ – unterstützt. Außerdem beschäftigten sich die Mitglieder der Bezirksvertretung mit besonderen Bereichen und Vorfällen, wie Einbruchsprävention, Sachbeschädigung, Graffiti, Jugendkriminalität, Brandstiftung und Raubüberfällen.

Sozialräumliche Kriminalprävention Ein spezieller Arbeitskreis wurde 2009 auf Initiative einer Ratsfrau im Stadtbezirk 6 zu einem problematischen Sozialraum gebildet. Hier waren besondere Probleme in einem Gebiet entstanden, das u.a. als Standort von Schaustellern und der Häuser eines selbstverwalteten Wohnprojekts mit geprägt ist. Beteiligt an der Arbeit dieses Gremiums waren neben der Initiatorin zunächst der Bezirksvorsteher, Mitarbeiter der Geschäftsstelle des KPR und verschiedener städtischer Ämter (Amt für Immobilienmanagement, Ordnungsamt, Schulverwaltungsamt, Jugendamt, Planungsamt, Vermessungs- und Katasteramt) sowie der Polizei, des selbstverwalteten Wohnprojekts und der Bezirksverwaltungsstelle. Zwischenzeitlich wirken auch der Leiter der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf, die benachbart neu gebaut wird, und Vertreter des Amtes für Wirtschaftsförderung und des Technischen Hilfswerks mit. Gemeinsam wurde die Situation analysiert und nach Verbesserungsmöglichkeiten gesucht. Die einzelnen Fachbereiche haben zur Erarbeitung von Lösungsansätzen Teilaufgaben übernommen. Die Arbeit des Arbeitskreises wird in 2010 fortgesetzt.

Kontakt:

Angela Nagel
Landeshauptstadt Düsseldorf
Bezirksverwaltungsstelle 6
40200 Düsseldorf
E-Mail: bezirksverwaltungsstelle.06@duesseldorf.de

Blaulichttag der Ordnungspartnerschaft „Für Düsseldorf“

26

Zum dritten Mal in Folge präsentierte sich die Ordnungspartnerschaft „Für Düsseldorf“ im Rahmen eines Blaulichttages unter dem Motto „Wir für Ihre Sicherheit“ der Öffentlichkeit. Neben Bundes- sowie Landespolizei, Feuerwehr, Ordnungs- und Servicedienst und Geschäftsstelle des Kriminalpräventiven Rates beteiligte sich auch im Jahr 2009 wieder eine Vielzahl von Hilfsorganisationen wie zum Beispiel Deutsches Rotes Kreuz, Technisches Hilfswerk, Malteser Hilfsdienst oder Johanniter Unfallhilfe an der Realisierung der Veranstaltung.



Wie in den Vorjahren gab es ein breites Angebot für Jung und Alt. So erlebten die Zuschauerinnen und Zuschauer verschiedene Selbstverteidigungs- und Kampfsportarten, erfuhren wissenswertes über die Arbeit von Zoll oder Deutscher Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) und konnten Feuerlöschübungen oder den Einsatz von Diensthunden erleben. Höhepunkt des Programms bildete ein nachgestellter Busunfall, bei dem die Besucherinnen und Besucher das Zusammenspiel der verschiedenen Organisationen beim Einsatz kennen lernten. Für die nötige Gänsehaut sorgte dabei ein Team von professionell geschminkten Verletzten.

Auch elf Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 8 und 9 der Joseph-Beuys-Gesamtschule waren am 4. Juli, übrigens dem ersten Samstag der Sommerferien 2009, auf dem Apolloplatz dabei. Auf der Polizeibühne präsentierten sie überzeugend das Projekt „Fahrzeugbegleiter – gemeinsam stark!“. In einem Rollenspiel zeigten sie, dass sie in der Lage sind, mit Besonnenheit Streitigkeiten zwischen Mitschülerinnen und Mitschülern zu schlichten, Gewalt vorzubeugen und so für mehr Sicherheit in Bussen und Bahnen zu sorgen. Für sie alle heißt es: Eingreifen statt Zuschauen!

Die beiden Fahrzeugbegleiter Saskia Koza und Ricardo Sanchez Bolaino wurden von Andrea Demme, der verantwortlichen Projekt-Vertreterin des Amtes für

Verkehrsmanagement, zu erlebten Situationen befragt. Anschaulich schilderten beide, was Fahrzeugbegleiterinnen und Fahrzeugbegleiter aufgrund ihrer Ausbildung leisten können und wo es klüger ist nicht einzugreifen, sondern vielleicht Hilfe zu holen. Saskia berichtete von einer Situation, in der eine ältere Dame von Jugendlichen belästigt wurde. Da Saskia alleine und offiziell „nicht im Dienst“ war, war sie froh, als ein Erwachsener sie unterstützte, den Jugendlichen klarzumachen, dass ihr Verhalten nicht akzeptabel sei. Streitschlichterin Kageni Kaneshamoorthy, die ebenfalls zum Blaulichttag mitgekommen war, berichtete von der Zusammenarbeit von Streitschlichterteam und Fahrzeugbegleitern: „Zwei Schülerinnen kamen zu mir, die Streit mit einem anderen Mädchen hatten und Stress auf der Heimfahrt befürchteten. Da habe ich die Fahrzeugbegleiter informiert, die an diesem Nachmittag Dienst hatten. Die Mädchen sind gut nach Hause gekommen.“





© Michael Klein

Besondere Hochachtung erfuhr das Technische Hilfswerk (THW). Nicht nur, dass die Helferinnen und Helfer die ganze Nacht über wegen sinnflutartiger Regenfälle im Dauereinsatz waren und eine hohe Zahl von Kellern auspumpen mussten, sie schafften es sogar, pünktlich zum Aufbau der Veranstaltung am Apolloplatz zu sein. Trotz der einsatzbedingten Müdigkeit bei den THW-Kräften waren sie mit großem Engagement dabei und informierten die Besucherinnen und Besucher des Blaulichttages über das Angebot des THW. Darüber hinaus übernahm das THW auch die Verpflegung der Akteure auf der Veranstaltung mit Speis und Trank.

Nicht zuletzt wegen des sehr schönen Wetters war die Veranstaltung den ganzen Tag über nachgefragt und brach einen neuen Besucherrekord: Nach Schätzungen von Bundes- und Landespolizei informierten sich mehr als 30.000 Menschen auf dem Blaulichttag.

Kontakte Blaulichttag:

Dirk Sauerborn
 Polizeipräsidium
 Jürgensplatz 5-7
 40219 Düsseldorf
 E-Mail: dirk.sauerborn@polizei.nrw.de

Achim Berkenkötter
 Bundespolizeiinspektion
 Konrad-Adenauer-Platz 14
 40210 Düsseldorf
 E-Mail: achim.berkenkoetter@polizei.bund.de

Kontakte Fahrzeugbegleiter:

Andrea Demme
 Landeshauptstadt Düsseldorf
 Amt für Verkehrsmanagement
 40200 Düsseldorf
 E-Mail: andrea.demme@duesseldorf.de

Ina Baumann
 Rheinbahn AG
 Hansaallee 1
 40549 Düsseldorf
 E-Mail: ina.baumann@rheinbahn.de



© Michael Klein



© Michael Klein



„Jail-Art“

28



Die im Jahr 2009 bereits zum dritten Mal in den Räumen des Polizeipräsidioms präsentierte Ausstellung „Jail Art“ mit Exponaten inhaftierter Künstler (JVA Willich I) aus dem von Frau Dzana Wallmeier geleiteten kunstpädagogischen Projekt wurde um einige wesentliche Aspekte modifiziert. So wurden 2009 auch Bilder und Skulpturen bereits entlassener Künstler gezeigt; Exponate, die nach der Haftentlassung produziert worden sind. So wurde auch die Botschaft transportiert: Die Arbeit der Kunstgruppe wirkt, mit der erworbenen Fähigkeit haben die ehemals Inhaftierten einen „Anker“ für die Freiheit!

Vom 14. bis zum 24. April standen die Werke der Öffentlichkeit im Treppenhaus des Polizeipräsidioms zur Besichtigung zur Verfügung. Mit Faltblättern und Foto-CDs wurde zusätzlich auf die Möglichkeit des Erwerbs im Rahmen einer Auktion hingewiesen.

Insgesamt wurden 45 bis 50 Werke präsentiert. Davon stammte je ein Drittel aus dem Kreis der inhaftierten und der resozialisierten Künstler, ein Drittel von der Kunstgruppenleiterin. Im Rahmen einer Finissage wurden die Bilder der Inhaftierten und der ehemaligen Inhaftierten zugunsten der Opferschutzorganisation WEISSER RING versteigert. Bereits im Jahr 2008 kamen so 3.000 Euro dem Opferschutz zugute. Die Auktion, die im Lichthof des Polizeipräsidioms durchgeführt wurde, war – wie schon in den beiden Jahren davor – gut besucht. Den Gästen wurde neben kalten Getränken auch ein musikalischer Rahmen geboten. Leider zeigten sich die Besucherinnen und Besucher der Finissage im Jahr 2009 weniger spendabel als im Vorjahr, so dass der Erlös der verkauften Bilder gerade zur Deckung der Kosten ausreichte.

Dessen ungeachtet wollen die Kooperationspartner Polizei Düsseldorf, Düsseldorfer Appell, JVA Willich I und JVA Düsseldorf und KPR auch im Jahr 2010 – diesmal mit Werken aus der JVA Düsseldorf – erneut eine „Jail Art“-Veranstaltung mit anschließender Versteigerung durchführen. Für die Realisierung ist aus Sicht der Kooperationspartner wünschenswert, die Unterstützung von Kunstschaffenden in der Landeshauptstadt Düsseldorf zu gewinnen und die der Auktion vorausgehende Ausstellung in zentral gelegenen und gut erreichbaren Räumlichkeiten in der Stadt durchzuführen.

Kontakt:

Dirk Sauerborn
Polizeipräsidium
Jürgensplatz 5-7
40219 Düsseldorf
E-Mail: dirk.sauerborn@polizei.nrw.de



5 Jahre Ambulanz für Gewaltopfer

Auf Initiative des Leiters des Gesundheitsamts der Landeshauptstadt Düsseldorf, Herrn Professor Heiko Schneitler, wurde die Idee der Einrichtung einer Ambulanz für Gewaltopfer am Gesundheitsamt Düsseldorf geboren und die entsprechenden Vertragsverhandlungen mit der hierfür zuständigen Bezirksregierung Münster eingeleitet. Dieses Vorhaben wurde auch durch den damaligen Vorsitzenden des Kriminalpräventiven Rates Werner Leonhardt – seinerzeit gleichzeitig zuständiger Gesundheitsdezernent – unterstützt. Die Anerkennung der Ambulanz für Gewaltopfer am Gesundheitsamt der Landeshauptstadt Düsseldorf erfolgte durch die Bezirksregierung Münster am 4. Dezember 2003 und bereits am 12. Februar 2004 konnte die Ambulanz offiziell eröffnet werden.

Die Arbeit in der Ambulanz für Gewaltopfer wird von einem interdisziplinären Team aus den Fachbereichen Medizin, Psychologie und Sozialarbeit/Sozialpädagogik geleistet. Die Ambulanz wird darüber hinaus von einem Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie mit Zusatzbezeichnung Rehabilitationswesen durch regelmäßig stattfindende Sprechstunden auf Honorarbasis unterstützt. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen sowohl über eine therapeutische Ausbildung als auch spezielle Weiterbildungen aus dem Bereich der Psychotraumatologie.

Die Ambulanz für Gewaltopfer richtet sich an:

- Frauen und Männer, die Opfer jeder Art von Gewalterfahrung als auch anderer traumatisierender Ereignisse geworden sind,
- Zeuginnen und Zeugen,
- Angehörige, Partner und Partnerinnen als auch Freunde und Freundinnen.

Nach telefonischer Absprache wird in der Regel ein Termin innerhalb von drei Tagen angeboten, der dazu dienen soll, im Rahmen der Akutversorgung erste stabilisierende Maßnahmen einzuleiten. Die Beratung ist kostenlos und auf Wunsch auch anonym.

Das Angebot der Ambulanz umfasst:

- Sozialarbeiterische Ersthilfe/Krisenintervention,
- Medizinische Diagnostik und Psychometrie,
- Psychotraumatologische Fachberatung,
- Traumatherapie, Psychotherapie,
- Vermittlung von Hilfen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG),
- Medizinische Begutachtung,
- Vermittlung weitergehender Hilfsangebote.

Die Ambulanz engagiert sich im Düsseldorfer Opferhilfenetzwerk und ist dort ein wesentlicher Bestandteil. Neben der Ambulanz für Gewaltopfer gibt es in Düsseldorf unterschiedliche Beratungsstellen mit speziellen Themenschwerpunkten, an die sich Betroffene wenden können. Ebenso wie die Ambulanz sind diese Beratungsstellen ein Teil kommunaler Netzwerke, die sich im Rahmen der Gesundheitskonferenz und des Kriminalpräventiven Rates gebildet haben. Ziel dieser Netzwerke ist es einerseits, Präventionsmaßnahmen zu entwickeln, als auch die psychosoziale, medizinische und therapeutische Versorgung von Gewaltopfern und anderer Traumatisierter in Düsseldorf zu verbessern.



Fotos: © Landeshauptstadt Düsseldorf

Aus der folgenden Kriminalstatistik für die Landeshauptstadt Düsseldorf leitet sich ab, wie hoch der Bedarf im Versorgungsgebiet einzuschätzen ist. Hier-nach liegt für das Jahr 2008 eine Gesamtzahl von 7169 Opfern von Gewalttaten vor:

Kriminalstatistik Düsseldorf 2008

• Straftaten gegen das Leben	18 Opfer
• Raubüberfälle	498 Opfer
• Schwere Körperverletzung	1466 Opfer
• Leichte Körperverletzung	3099 Opfer
• Vergewaltigung, sexuelle Nötigung	138 Opfer
• Wohnungseinbruchdiebstahl	1950 Opfer
• Gesamtzahl:	7169 Opfer

(Quelle: Polizeipräsidium Düsseldorf)

Es ist davon auszugehen, dass die Anzahl von Betroffenen in Düsseldorf weitaus höher einzuschätzen ist, da auch Angehörige, Augenzeugen oder professionelle Helfer (beispielsweise Ersthelfer), durch den Umgang mit Gewaltopfern indirekt betroffen und somit belastet sein können. Personen, die durch andere, potentiell traumatisierende Situationen – wie beispielsweise durch schwere Verkehrsunfälle – extrem belastet werden, sind ebenfalls nicht in der oben genannten Statistik aufgeführt.

Aus fachlicher Sicht ist davon auszugehen, dass bei rund 25 Prozent der Betroffenen ein Beratungs- beziehungsweise Behandlungsbedarf besteht. Für Düsseldorf wären somit etwa 1800 Klienten zu versorgen, davon etwa 1 bis 2 Prozent stationär (etwa 30 bis 40 Betroffene im Jahr). Die überwiegende Zahl der Betroffenen kann von der bereits etablierten ambulanten Netzwerkstruktur in Düsseldorf profitieren.



Evaluation in Eigenregie

Im Jahr 2007 wurde sowohl in der Ambulanz für Gewaltopfer als auch in allen Traumaambulanzen in NRW, im Auftrag der Bezirksregierung Münster eine Evaluation durchgeführt. Vor dem Hintergrund der Auflösung der Versorgungsämter und des damit verbundenen Zuständigkeitswechsels zu den Landschaftsverbänden war lange unklar, ob und wann eine Auswertung der Evaluation erfolgen würde. Zur Wirksamkeitsprüfung der Arbeit der Düsseldorfer Ambulanz wurde deshalb die Evaluation in eigener Regie in Bezug auf die in Düsseldorf durchgeführten Beratungen ausgewertet.

Aus der Düsseldorfer Stichprobe wurden folgende Erkenntnisse gewonnen:

Von den 26 unter die Kriterien der Studie fallenden Klientinnen und Klienten (Beratungsbeginn im Zeitraum zwischen dem 1. Januar und 31. Dezember 2007 sowie Antragstellung nach dem Opferschädigungsgesetz – OEG) kamen 20 Personen aus Düsseldorf, 3 aus Ratingen, 2 aus Wuppertal und einer aus Velbert. Somit stammt der größte Anteil unmittelbar aus Düsseldorf. Klientinnen und Klienten, die aus dem Umkreis von Düsseldorf die Ambulanz aufgesucht hatten, waren zu diesem Zeitpunkt in Düsseldorf beruflich tätig. 18 der betroffenen Opfer waren weiblich, 8 männlich.

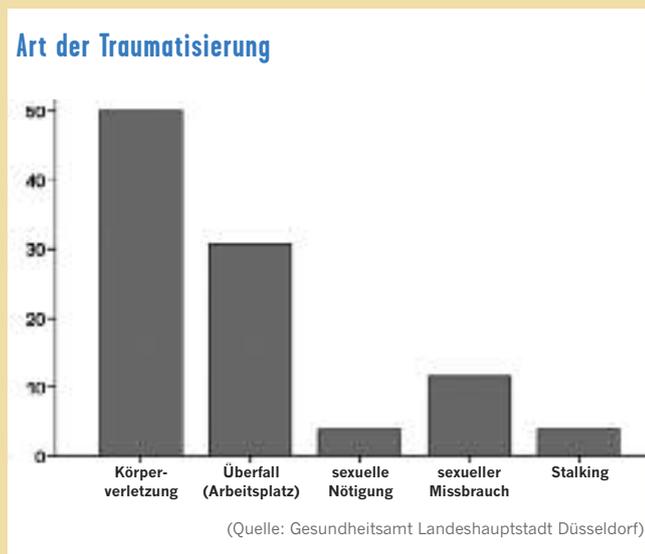
In der Altersverteilung ergibt sich folgendes Bild (Spanne: 22 bis 81 Jahre):

Altersverteilung

- zwischen 20 und 30 Jahren: 12 Opfer
- zwischen 30 und 40 Jahren: 7 Opfer
- zwischen 40 und 50 Jahren: 1 Opfer
- über 50 Jahre: 6 Opfer

(Quelle: Gesundheitsamt Landeshauptstadt Düsseldorf)

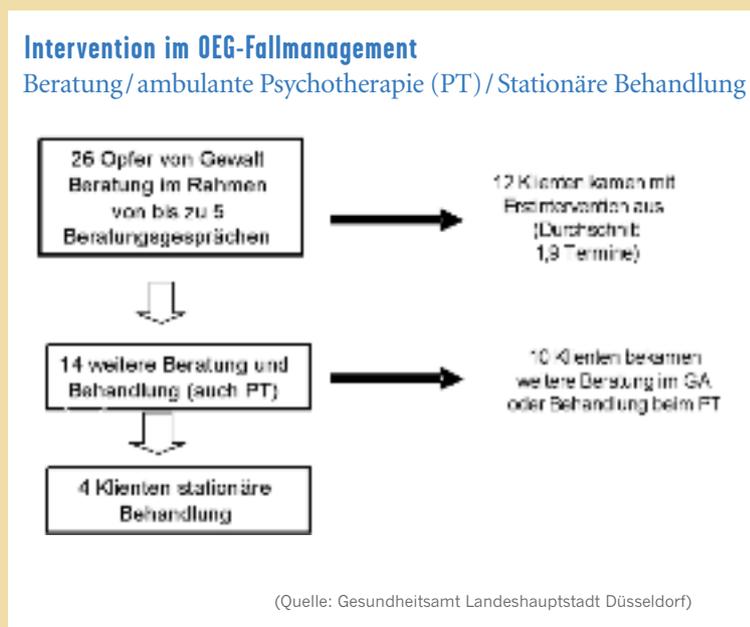
Es ergibt sich folgende Differenzierung nach der Art der Traumatisierung:



Die Abbildung zeigt, dass 50 Prozent der Hilfesuchenden wegen Körperverletzung (ohne sexueller Missbrauch) und rund 30 Prozent aufgrund eines Überfalls kamen. In dieser Gruppe haben einige diesen Überfall am Arbeitsplatz erleben müssen. Etwa 13 Prozent berichten von sexuellem Missbrauch, während lediglich bei 4 Prozent das Merkmal der sexuellen Nötigung erfüllt war. Einzelfälle gab es auch im Bereich der Nachstellung (Stalking).

Zum Zeitpunkt des potentiell traumatischen Ereignisses lässt sich Folgendes festhalten: Insgesamt ereignete sich bei 65 Prozent der Betroffenen die Lebensbelastung innerhalb der letzten sechs Monate. 38,5 Prozent der Betroffenen befanden sich in der so genannten Einwirkungsphase (Zeitintervall der ersten vier Wochen nach Ereignis), d. h. von einer posttraumatischen Belastungsstörung im engeren Sinn kann noch nicht gesprochen werden.

Im folgenden Schaubild werden die im Rahmen der Evaluation erfolgten Interventionen im OEG – Fallmanagement dargestellt:



Für das Gesundheitsamt ergibt sich im Untersuchungszeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007 folgende Situation: 12 Klientinnen und Klienten der insgesamt 26 Opfer, die bis zu fünf Beratungsgespräche in Anspruch genommen haben, haben im Durchschnitt 1,9 Termine wahrgenommen. Der Verlauf hat gezeigt, dass weitere Sitzungen nach der Erstintervention nicht erforderlich waren. Für insgesamt 14 Betroffene war eine Weiterführung der Beratung oder einer Behandlung erforderlich. Hiervon kamen insgesamt 10 Klientinnen und Klienten entweder zu weiteren Beratungsgesprächen in die Ambulanz des Gesundheitsamts oder haben die Behandlung bei einem niedergelassenen Psychotherapeuten aufgegriffen. Insgesamt vier Klientinnen und Klienten wurde die stationäre Behandlung empfohlen.

Die Evaluationsstudie zeigt, dass Klienten und Klientinnen, die die Ambulanz für Gewaltopfer am Gesundheitsamt Düsseldorf in Anspruch nehmen, unter einer klinisch relevanten Symptomatik leiden und von der durchgeführten Beratung deutlich profitieren. Unter der Beratung zeigt sich sowohl eine Symptombesserung als auch die Verbesserung des Funktionsniveaus. Lediglich für den Bereich der sich in

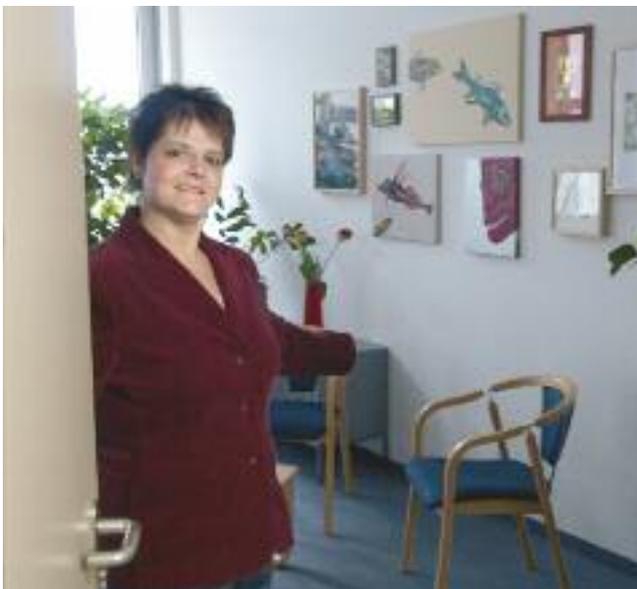
Vermeidung ausdrückenden Symptomatik konnten die positiven Effekte nicht nachgewiesen werden. Die Ergebnisse sind statistisch abgesichert.

Die in der Ambulanz durchgeführte Beratung ermöglicht es dem einzelnen Betroffenen, die erlittene Belastung zu verarbeiten und schneller zu seinem Lebens- und Arbeitsalltag zurückkehren zu können.

Als Einschränkung in Bezug auf die durchgeführte Studie ist das Folgende zu benennen: Zunächst handelt es sich um eine Gelegenheitsstichprobe des Gesundheitsamts Düsseldorf. Um die Spezifität der Effekte nachzuweisen, wäre eine Kontrollgruppe unumgänglich, die aber aus ethischen Gründen schwer zu realisieren ist.

Durch die Einrichtung einer fachärztlichen, psychiatrischen Sprechstunde als auch durch das Zusatzangebot einer wöchentlich stattfindenden Stabilisierungsgruppe wurde das Angebot der Ambulanz in den letzten Jahren qualitativ verbessert.

Zur Sensibilisierung von Fachkräften für die Bedürfnisse von traumatisierten Menschen und den Umgang mit ihnen als auch zur Verbesserung der Bekanntheit des Beratungs- und Hilfsangebots werden fortlaufend Schulungen angeboten. Schwerpunkt der diesjährigen Schulungen bildeten die Rettungsassistentinnen und -assistenten der Feuerwehr Düsseldorf.



Beginnend mit dem Jahr 2009 ist die Ambulanz für Gewaltopfer gemeinsam mit anderen europäischen Städten zwei Jahre lang Kooperationspartner in einem europäischen Forschungsprojekt, EUTOPA-IP. Bei EUTOPA-IP handelt es sich um ein Folgeprojekt des Projekts EUTOPA. Das Projekt EUTOPA beinhaltet Verfahrensvorschläge für eine Optimierung und Qualitätssicherung von Kriseninterventions- und Präventivverfahren im Zusammenhang mit Großschadenslagen. Erkenntnisse aus der Psychotraumatologie sollten in die Ablaufpläne zur medizinischen, psychosozialen und logistischen Bewältigung von Großschadenslagen integriert werden. In dem Folgeprojekt EUTOPA-IP sollen die Verfahrensvorschläge aus dem Pilotprojekt EUTOPA an nationale Versorgungsstrukturen adaptiert und die entwickelten Bausteine im Rahmen von Schulungsmaßnahmen für professionelle Helfer implementiert werden.

Kontakt:

Ulrich Pasch
Landeshauptstadt Düsseldorf
Gesundheitsamt
40200 Düsseldorf
E-Mail: ulrich.pasch@duesseldorf.de

Staffelübergabe beim WEISSEN RING

Der WEISSE RING hat als bundesweit aktive Opferschutzorganisation seit seiner Gründung im Jahr 1976 ein flächendeckendes Netzwerk für Kriminalitätsoffer aufgebaut und bisher rund 420 Anlaufstellen eingerichtet. Die etwa 3000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ausschließlich ehrenamtlich tätig.



Fotos: © Michael Klein



Schon vor Einrichtung der Fachgruppe „Opferschutz“ war der WEISSE RING wichtiger Partner des Polizeilichen Opferschutzes. So kann es kaum überraschen, dass diese Partnerschaft auch unter dem Dach des Kriminalpräventiven Rates ihre Fortsetzung fand und die enge Zusammenarbeit der Akteure – beispielsweise bei der jährlich wiederkehrenden Durchführung des „Tag des Kriminalitätsopfers“ am 22. März – weiter vertieft werden konnte. Ist es doch dem WEISSEN RING zu verdanken, dass der „Tag des Kriminalitätsopfers“ seinen Weg von Skandinavien, wo er bereits etabliert war, 1992 erfolgreich nach Deutschland gefunden hat.

Menschlicher Zuspruch und praktische Unterstützung sind die Eckpfeiler der Hilfe, die der WEISSE RING überall in Deutschland leistet. Wer unmittelbar oder mittelbar – durch Betroffene in seinem persönlichen Umfeld – Opfer einer Straftat geworden ist, weiß dieses Angebot zu schätzen.

Im Jahr 2009 wurde die Geschäftsführung der Außenstelle Düsseldorf in einer Feierstunde an Frau Dr. Marianne Lessing-Blum übertragen. Als ehemalige Abteilungsleiterin im Versorgungsamt Düsseldorf – einer Behörde, die zwischenzeitlich nicht mehr existiert – war Frau Dr. Lessing-Blum bei der Übernahme des Amtes mit dem Düsseldorfer Opferhilfenetzwerk bereits bestens vertraut. Eine Fortsetzung der guten Zusammenarbeit ist somit ohne Reibungsverluste möglich.

Kontakt:
Dr. Marianne Lessing-Blum
Postfach 11 12 04
40512 Düsseldorf

Opferschutz und Opferhilfe

34

In unserer schnelllebigen Zeit mit ihren teilweise radikalen wirtschaftlichen, sozialen, strukturellen Einflüssen und technischen Veränderungen wird der Mensch mit seinen Bedürfnissen und Nöten schnell aus dem Auge verloren oder gerät gerade deshalb in den Focus, weil er Unterstützung benötigt. Der Einzelne ist oftmals überfordert und benötigt Halt und Hilfe, die er nicht mehr selbstverständlich in der Familie oder bei Freunden findet.

Der Tag des Kriminalitätsopfers fand 2009 erstmalig in der Johanneskirche statt.

Aus diesem Grund werden zusätzliche Hilfsangebote zunehmend wichtiger. Gerade Opfer von Straftaten benötigen häufig Hilfestellung um mit dem Erlebten umzugehen. Nach einer Straftat steht oftmals immer noch eher der Täter als das Opfer im Mittelpunkt des staatlichen Interesses. Natürlich sollte niemand davon ausgehen dürfen, er könne ungestraft gegen Gesetze verstoßen. Erst recht sollte aber niemand allein gelassen werden, der Opfer einer Straftat geworden ist. Und hierbei geht es nicht nur um schwere Gewalttaten, wie man sie aus den Medien kennt, sondern auch um vermeintlich „unbedeutende“ Taten: Auch Opfer eines Einbruches oder eines Handtaschenraubes benötigen beim Verarbeiten der Tat Hilfestellung.

Die wirksamste Hilfe für die Opfer ist eine frühzeitige und individuelle Betreuung. Hierzu gehört auch eine umfassende Information über bestehende Hilfsangebote und die Rechte von Opfern, die notwendige psy-

chologische Betreuung und die Ansprüche aus dem Opferentschädigungsgesetz, das leider immer noch weitgehend unbekannt ist.

Opferhilfenetzwerk

Um all dies zu gewährleisten, wurde bereits im Jahre 2004 die Fachgruppe „Opferschutz“ eingerichtet, in der sich zahlreiche Düsseldorfer Hilfeeinrichtungen zusammen gefunden haben. Dieses soziale Netzwerk der Opferhilfe wurde seitdem stetig ausgebaut.

Heute besteht ein Opferhilfenetzwerk, an dem alle Behörden, Organisationen und Institutionen beteiligt sind, die in irgendeiner Form helfen können. Ziel ist es, diese Hilfe optimal zu koordinieren und publik zu machen: Jeder, der Hilfe benötigt, soll sie auch bekommen können! Dazu gehört die Vermittlung an die „richtige“ Opferhilfeeinrichtung und die allgemeine Information über die Angebotsvielfalt. Wichtig hier-

für ist eine gute Organisation des Hilfsangebotes und Kommunikation der Hilfeleistenden untereinander. Informationen müssen möglichst schnell und verständlich ausgetauscht werden. Die reine Weitergabe über einen E-Mail-Verteiler ohne erläuternde Worte ist oft nicht ausreichend. Auch zu diesem erforderlichen Austausch tritt die Fachgruppe „Opferschutz“ regelmäßig zusammen. Auch bei nachlassenden finanziellen Ressourcen wird das Netzwerk durch persönliches Engagement der Mitglieder lebendig gehalten. So ist sichergestellt, dass den Menschen, die zeitweise Begleitung benötigen, kompetent zur Seite gestanden werden kann.

Tag des Kriminalitätsoffers

Ebenfalls seit dem Jahr 2004 organisiert die Fachgruppe „Opferschutz“ den Tag des Kriminalitätsoffers. Auch im Jahr 2009 wurde am 22. März die Aufmerksamkeit gezielt auf die Situation der Geschädigten von Straftaten gelenkt. Veranstaltungsort war erstmalig die Johanneskirche in der Düsseldorfer Innenstadt. In Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirche fand neben der Präsentation der verschiedenen Hilfsangebote und Einrichtungen auch ein Gottesdienst im Zeichen des Opferschutzes statt. Wie jedes Jahr stand die Veranstaltung auch dieses Mal in Bezug zu einem speziellen Thema:

Stalking

Darunter versteht man die seit dem 31.03.2007 strafbare Nachstellung (§238 StGB). Eine solche Nachstellung findet nicht – wie häufig vermutet – nur bei Prominenten durch realitätsferne Fans statt, sondern gerade „normale“ Bürger werden Opfer von Stalkern. Im Jahre 2007 gab es in Düsseldorf rund 160 dokumentierte Stalking-Opfer. Rund 80 Prozent der Opfer sind Frauen und in den meisten Fällen handelt es sich bei den Stalkern um Personen aus dem privaten Umfeld, oft Ex-Freunde oder Arbeitskollegen. Häufig fängt eine solche Nachstellung recht harmlos an: Der Freund fängt vereinzelt Briefe ab und überprüft, was das Opfer den Tag lang getan hat. Aus dieser zunächst vereinzelt Kontrolle wird eine ständige, permanente Kontrollsucht. Die zeigt sich zum Beispiel durch zahlreiche Anrufe am Tag und in der Nacht oder durch stetiges Verfolgen des Opfers.

Die Auswirkungen dieser Nachstellung sind sowohl seelisch als auch körperlich zu spüren. Häufig sehen die Opfer nur die Flucht in eine andere Stadt als Ausweg. Ziel der Veranstaltung war es also, auf die Hilfestellungen für Stalking-Opfer, die das Netzwerk der Fachgruppe bietet, aufmerksam zu machen. Neu war in diesem Zusammenhang die Einbettung des Themas in einen Gottesdienst. Die örtliche Pastorin befasste sich in ihrer Predigt mit dem Thema, was von den 135 Besuchern des Gottesdienstes sehr positiv aufgefasst wurde. Im Anschluss an den Gottesdienst konnten sich Interessierte im Cafe der Kirche umfassend über die Einrichtungen der Fachgruppe „Opferschutz“ informieren und über die beeinträchtigenden Auswirkungen von Stalking aufklären lassen.

Zusätzlich wurden über die Kollekte 337 Euro eingenommen, die der Einrichtung „Gewalt in Familien“ bei der Diakonie in Düsseldorf zu Gute kam.

Kontakt:

Dagmar Ettner
Polizeipräsidium
Luegallee 65
40545 Düsseldorf
E-Mail: KK44.Duesseldorf@polizei.nrw.de



Erste Auszubildende bei der Geschäftsstelle des Kriminalpräventiven Rates

36



Fotos: © Michael Klein

Im Jahr 2009 konnte erstmalig eine Auszubildende des gehobenen Dienstes bei der Landeshauptstadt Düsseldorf einen fachpraktischen Ausbildungsabschnitt in der Geschäftsstelle des Kriminalpräventiven Rates absolvieren. Sowohl die Geschäftsstelle als auch das Amt für Personal, Organisation und Informationstechnologie betraten hierbei mutig Neuland – ist doch gesamtgesellschaftlich ausgerichtete kommunale Kriminalprävention ein eher verwaltungsuntypisches Arbeitsfeld.

Tanja Schwarzer, Mitarbeiterin der KPR-Geschäftsstelle, führte nach Abschluss des fachpraktischen Ausbildungsabschnitts ein Interview mit der Anwärterin, Melanie Bayer.

Tanja Schwarzer: „Frau Bayer, wie sind Sie zum Kriminalpräventiven Rat gekommen?“

Melanie Bayer: „Ich bin seit 2007 in der Ausbildung zur Diplom-Verwaltungswirtin im gehobenen Dienst bei der Landeshauptstadt Düsseldorf. Die Auszubildenden können vor dem Beginn des jeweiligen Praktikums eine Wunschliste ausfüllen, welche Bereiche der Stadtverwaltung sie gerne kennenlernen möchten. Für das sechsmonatige dritte Praktikum hatte ich den Kriminalpräventiven Rat eingetragen. So kam es, dass ich am 06.04.2009 hier begonnen habe.“

Tanja Schwarzer: „Sie kannten den Kriminalpräventiven Rat also schon bevor Sie herkamen?“

Melanie Bayer: „Nein, eigentlich nicht. Dass ich auf den Kriminalpräventiven Rat aufmerksam geworden bin, war eher Zufall. Ich hatte vor einiger Zeit mein Auto falsch geparkt und bekam deshalb ein Knöllchen. Da fiel mir zum ersten Mal die Rückseite des Knöllchens ins Auge. Es war groß zu lesen „Räumen Sie Ihr Auto aus bevor es ein anderer tut“. Unten rechts entdeckte ich dann das Logo „Düsseldorfer Prävention“. Als Beiblatt zu meinem Anhörungsbogen, den ich anschließend erhielt, bekam ich genauere Infos, was es mit dieser Kampagne auf sich hat. Ich fand diese Aktion sehr gut und das hat mein Interesse geweckt.“

Tanja Schwarzer: „Haben Sie die Kampagne während Ihrer Zeit beim Kriminalpräventiven Rat auch von der anderen Seite kennengelernt?“

Melanie Bayer: „Ja, mir sind vor allen Dingen die Hintergründe klar geworden. Dass man sein Navigationsgerät oder sein Handy nicht offensichtlich im Auto liegen lassen soll, weiß wohl jeder. Hier habe ich allerdings schnell gelernt, dass diese Sichtweise nicht ausreicht. Für einen Drogenabhängigen kann beispielsweise der Wert zweier Pfandflaschen genügen, um die Scheibe eines Autos einzuschlagen.“

Tanja Schwarzer: „Denken Sie, dass es notwendig ist, mehr Leute auf solche Dinge hinzuweisen?“

Melanie Bayer: „Auf jeden Fall gibt es noch viele Themen im Bereich der Kriminalprävention, die man den Leuten näher bringen sollte. Ich denke, dass der Kriminalpräventive Rat mit seinen Kampagnen und Projekten schon einen guten Beitrag dazu leistet, um in verschiedensten Bereichen aufzuklären.“

Tanja Schwarzer: „Gibt es Themen, die Ihnen beim Kriminalpräventiven Rat besonders gut gefallen haben?“

Melanie Bayer: „Besonders gut gefällt mir die zweimal jährliche Zivilcourageehrung. Zum einen finde ich es wichtig, dass man Zivilcourage zeigt, wo es nötig und möglich ist. Zum anderen finde ich es aber genauso wichtig, dass diejenigen, die Zivilcourage zeigen, für Ihr Engagement gewürdigt werden und dadurch vielleicht auch ein Nachahmungseffekt entsteht.“

Tanja Schwarzer: „Konnten Sie auch etwas für Sie persönlich aus der Arbeit beim Kriminalpräventiven Rat mitnehmen?“

Melanie Bayer: „Ja, ich nehme meine Umwelt inzwischen bewusster wahr. Man wird durch die Arbeit wesentlich sensibler für die Dinge, die um einen herum geschehen. Und auch wenn mir das Knöllchen in diesem Fall letztendlich etwas Positives beschert hat, werde ich mein Auto so schnell nicht wieder falsch parken.“

Kontakt:

Michael Klein
Landeshauptstadt Düsseldorf
Büro 08/KPR
40200 Düsseldorf
E-Mail: michael.klein@duesseldorf.de



Der KPR im Internet

Landeshauptstadt Düsseldorf

Startseite | Veranstaltungen | Kontakt | Stadtplan | Übersicht | Impressum | Gästebuch | Hilfe

Kriminalpräventive Rat

Kriminalpräventive Rat

Vorwort
Wie über uns
Fachgruppen
Projekte

Kriminalprävention in den Stadtbezirken
Fachstelle für Gewaltprävention
Ambulanz für Gewaltopfer
Düsseldorfer Gutachten
Kooperationen
Kontakt

Düsseldorfer Gutachten
Mit dem Gutachten beschreibt die Landeshauptstadt Düsseldorf einen neuen Weg in der kommunalen Kriminalprävention. Weiter

Fachgruppen
Informationen über die Fachgruppen, die unter dem Dach des Kriminalpräventive Rates arbeiten. Weiter

Kriminalprävention in den Stadtbezirken
Kriminalprävention hat viele Facetten und ist vielfach miteinander verzahnt. Im linken Gegenüber haben wir Ihnen eine Übersicht. Weiter

Ambulanz für Gewaltopfer
Um für Opfer einer Gewalttat schnelle Hilfe zu bekommen, wurde die Ambulanz für Gewaltopfer eingerichtet. Weiter

Kooperationen
Der Kriminalpräventive Rat arbeitet mit vielen Partnern, auch außerhalb Düsseldorfs, eng zusammen. Weiter

Düsseldorfer Gutachten
Mit dem Gutachten beschreibt die Landeshauptstadt Düsseldorf einen neuen Weg in der kommunalen Kriminalprävention. Weiter

Fachgruppen
Informationen über die Fachgruppen, die unter dem Dach des Kriminalpräventive Rates arbeiten. Weiter

Kriminalprävention in den Stadtbezirken
Kriminalprävention hat viele Facetten und ist vielfach miteinander verzahnt. Im linken Gegenüber haben wir Ihnen eine Übersicht. Weiter

Ambulanz für Gewaltopfer
Um für Opfer einer Gewalttat schnelle Hilfe zu bekommen, wurde die Ambulanz für Gewaltopfer eingerichtet. Weiter

Kooperationen
Der Kriminalpräventive Rat arbeitet mit vielen Partnern, auch außerhalb Düsseldorfs, eng zusammen. Weiter

Aktuelles

Lebenssituationen
Rathaus Online
StadtInfo
Tourenbus
Einkaufen & Ausgehen
Kunst & Kultur
Freizeit, Sport
Wirtschaft, Arbeit
Bildung & Wissenschaft
Planung, Bauwesen, Verkehr
Umwelt, Wohnen
Jugend, Familie
Gesundheit, Soziales
Stadt & Gesellschaft

Das Bedürfnis, schnell und unkompliziert an Informationen zu gelangen ist heute größer denn je. Das „world wide web“ bietet dafür ideale Voraussetzungen. Viele Haushalte verfügen zwischenzeitlich über einen Internetanschluss. Wer sich informieren möchte, sucht oftmals zuerst dort nach den gewünschten Daten.

Um dem Informationsbedürfnis interessierter Personen nachkommen zu können, hat der Kriminalpräventive Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf schon Ende der 1990er Jahre beschlossen, ein eigenes Internetangebot zu unterbreiten. Die Existenz und Vielfältigkeit des Kriminalpräventiven Rates und die Aufgaben und Projekte seiner Fachgruppen sollte damit bekannter werden. Der Gedanke hat bis heute Gültigkeit: „Internetsurfer“ können zufällig zu dem Themenkomplex vorstoßen, Fachleute können sich gezielt über den sogenannten Düsseldorfer Weg informieren.

Die Realisierung dieses Gedankens war nicht immer einfach. Die Mitarbeiter der Geschäftsstelle des KPR mussten sich zunächst mit der Frage auseinandersetzen, welche Inhalte veröffentlicht werden sollten. Sowohl die optische Darstellung als auch der Aufbau einer solchen Internetseite mussten bedacht werden. Eine Fortbildung der Geschäftsstellenmitarbeiter zu den Themen Programmierung und Aufbau von Internetseiten war unumgänglich. Schnell wurde jedoch klar, dass eine Schulung allein nicht ausreichen würde, da der Zeitaufwand den Rahmen der verfügbaren Kapazitäten sprengte und das Arbeiten in kleinen Schritten oft hinter dem tagesaktuellen Arbeitsaufkommen zurückstehen musste.

Da sich neben der Geschäftsstelle des KPR auch immer mehr Ämter der Stadtverwaltung im Internet präsentieren wollten und sollten lag es nahe, das Angebot des Amtes für Kommunikation und des Stadtbetriebes für zentrale Dienste zu erweitern. Somit standen schließlich kompetente Fachleute für die erforderliche Umsetzung eines Internetangebotes zur Verfügung. Das Amt für Kommunikation leistete tatkräftige Unterstützung bei der Ausformulierung der Texte, der Stadtbetrieb für zentrale Dienste übernahm professionell den strukturellen Aufbau der Seiten und hinterlegte die erforderlichen Programmierungen.

Die Mühe aller Beteiligten hat sich gelohnt. Seit dem 6. Dezember 2009 ist der KPR „online“ und stellt sowohl sich als auch seine Arbeit in ansprechender Weise der Öffentlichkeit vor. Da das Angebot vielfältig ist, erwartet Besucherinnen und Besucher der Web-

seiten eine ganze Reihe stichwortartiger Auswahlpunkte. Die einzelnen Fachgruppen werden vorgestellt, deren Arbeit beschrieben und Ansprechpartner benannt. Der Besucher der Internetseite erfährt ferner, dass es nicht nur den gesamtstädtischen Kriminalpräventiven Rat gibt, sondern auch Kriminalpräventive Räte in den Stadtbezirken.

Ohne Kooperationspartnerinnen und -partner geht es auch auf dem Feld der Kriminalprävention nicht. Eine Auswahl dieser Kooperationen darf daher im Internetangebot nicht fehlen.

Da Kriminalprävention in vielen Ländern der Welt praktiziert wird, und auch schon Kontakte zu ausländischen Organisationen bestehen, wird das Angebot, in leicht modifizierter Ausgabe, auch in englischer Sprache unterbreitet. Diese Umsetzung ist jedoch derzeit „under construction“ (in Arbeit).

Schlussendlich bleibt festzuhalten, dass bereits eine große Auswahl für Internetnutzerinnen und -nutzer bereitsteht. Da die Arbeit nicht ruht und sich ständig weiterentwickelt, wird selbstverständlich auch der Internetauftritt regelmäßig ergänzt.

Kontakt:

Tanja Schwarzer
Landeshauptstadt Düsseldorf
Büro 08/KPR
40200 Düsseldorf
E-Mail: tanja.schwarzer@duesseldorf.de
Internet: www.duesseldorf.de/kpr

14. Deutscher Präventionstag (DPT)

40

In den Jahren seit seiner Gründung hat sich der Deutsche Präventionstag zum größten europäischen Kongress für das Arbeitsfeld der Kriminalprävention sowie angrenzender Präventionsbereiche – etwa der Verkehrsunfallprävention – entwickelt. Er bietet in jedem Jahr eine Plattform für den Fachaustausch zwischen verschiedensten Behörden, Organisationen und Einrichtungen sowie der engagierten Bürgerschaft.

Am 8. und 9. Juni 2009 stand der Deutsche Präventionstag in Hannover unter dem Schwerpunktthema „Solidarität leben – Vielfalt sichern“. Mit einem Gutachten, das den Fokus unter anderem auf die Zusammenhänge zwischen Integration und Kriminalität legte, wurde dem DPT zudem ein Impuls gegeben, der zu einer lebendigen Diskussion anregte. Wie in den vergangenen Jahren ergänzten Offenes Forum, Internetforum sowie Internationales Forum das breite Spektrum der Vorträge und Standangebote.

Der Kriminalpräventive Rat war traditionell mit einem Stand vertreten. Neben der Geschäftsstelle – sozusagen für den „Allgemeinen Teil“ – waren in Hannover auch die Veranstaltungsreihe „Respekt und Mut“, die Fachstellen Integration und Gewaltprävention der Landeshauptstadt Düsseldorf und die Düsseldorfer Polizei vertreten. Das rege Interesse am Düsseldorfer Angebot zeigte einmal mehr, dass der KPR der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt zu einem beispielgebenden Teilnehmer der Deutschen Präventionstage gerechnet wird.

Darüber hinaus profitierte auch das „Düsseldorfer Team“ vom 14. DPT: Viele Ideen und Anregungen aus anderen Städten und Bundesländern – beispielsweise zum Thema „Häusliche Gewalt“ – konnten zwischenzeitlich in den entsprechenden Fachgruppen diskutiert und auf Düsseldorfer Verhältnisse zugeschnitten werden.

Weitere Informationen:
www.praeventionstag.de



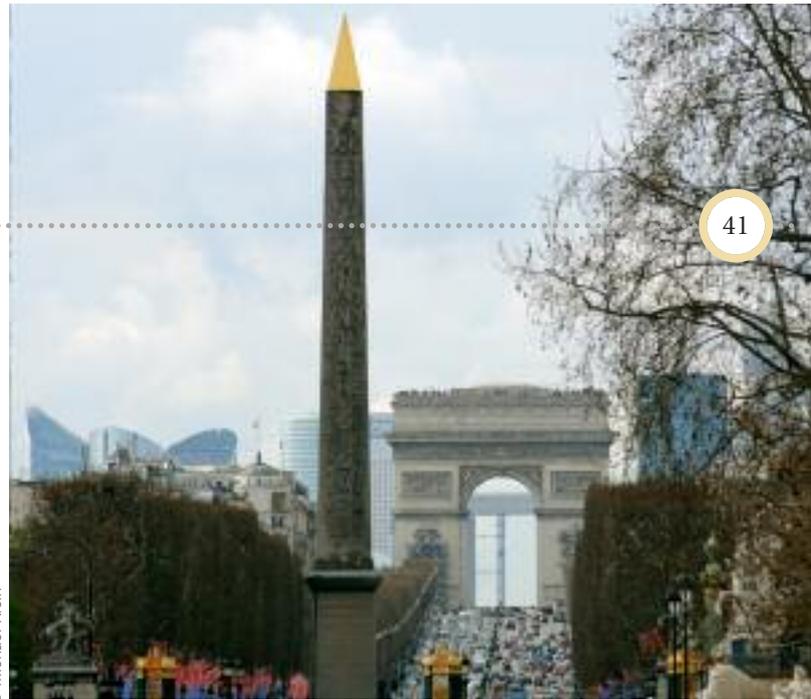
Fotos: © Michael Klein

Europäisches Forum für Urbane Sicherheit (EFUS)

Das Europäische Forum für Urbane Sicherheit wurde 1987 in Barcelona unter der Schirmherrschaft des Europarates gegründet. Es ist ein eingetragener Verein nach französischem Recht und beherbergt u.a. große europäische Metropolen wie Antwerpen, Barcelona, Mailand, Paris und Rom. Zu den fundamentalen Grundlagen und Grundsätzen des Forums gehört die Achtung der Menschenrechte in der Umsetzung von Sicherheits- und Präventionspolitik, die nicht zum Ausschluss oder zur Ausgrenzung von bestimmten Gruppen führen darf. Die Schwerpunkte liegen dabei auf Themen wie Jugend, Frauen, Sucht und Drogen, Kriminalitätsfurcht, Opferschutz, Öffentlicher Raum und Städtebau, Schule und Bildung sowie Verkehr und Terrorismus.

Ferner wird der Austausch von Erfahrungen in konkreter Projektarbeit durch Konferenzen, Seminare, EU-geförderte Projekte, Publikationen und Begegnungen zwischen Bürgermeistern, Kommunalverwaltungen, Vereinen, Institutionen, Anwohnern und Betroffenen unterstützt. EFUS bündelt die Interessen der Städte auf europäischer Ebene und dient damit als Schnittstelle zwischen EU-Politik und den Kommunen im Bereich urbaner Sicherheit. Mehr als 300 Kommunalverwaltungen aus über 40 verschiedenen europäischen Ländern nutzen inzwischen die Möglichkeit eines Erfahrungsaustausches auf dem Gebiet der kommunalen Kriminalprävention.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf hat sich im Jahr 2009 ebenfalls entschlossen, dem Forum beizutreten, da sie sich den Grundlagen und Grundsätzen verbunden fühlt. Daneben beschäftigt sich insbesondere der Kriminalpräventive Rat mit einem Großteil der Themenschwerpunkte von EFUS. Somit beinhaltet der Beitritt die Chance, Handlungsansätze anderer Mitgliedsstaaten beziehungsweise -städte zu übernehmen und diese anschließend – an lokale Gegebenheiten angepasst – durchzuführen. Der Beitritt zum Europäischen Forum für Urbane Sicherheit erfolgte am 15. April 2009.



© Michael Klein

Erste gemeinsame Themenschwerpunkte wurden bereits gefunden. Das Gesundheitsamt Düsseldorf beteiligt sich gleich an zwei Projekten. Das Projekt „Democracy, Cities & Drugs II“ soll den Austausch von Experten zum Themenbereich „umherwandernde Jugendliche und Drogen“ beleuchten. Es ist auf einen Zeitraum von drei Jahren angelegt. Mit dem Thema Alkoholmissbrauch durch Jugendliche in der Öffentlichkeit und dem Phänomen des sogenannten Komaaufens befasst sich das Projekt „Binge Drinking“. Auch dieses Projekt läuft über 3 Jahre.

Kontakt:

Sebastian Sperber
Europäisches Forum für Urbane Sicherheit
38, rue Liancourt
75014 Paris
Frankreich
E-Mail: fesu@urbansecurity.org

Michael Klein
Landeshauptstadt Düsseldorf
Büro 08/KPR
40200 Düsseldorf
E-Mail: michael.klein@duesseldorf.de

Nachruf

42

Plötzlich und unerwartet ist der langjährige Vorsitzende des Kriminalpräventiven Rates, Beigeordneter Werner Leonhardt, am 4. Dezember 2009 im Alter von 63 Jahren verstorben.

Oberbürgermeister Dirk Elbers würdigte den Verstorbenen unter anderem für sein bundesweit geachtetes Engagement im kriminalpräventiven Bereich.

Seit Werner Leonhardt 1996 die Leitung des KPR (seinerzeit noch als Arbeitskreis Vorbeugung und Sicherheit eingerichtet) übernommen hatte, hat sich dort die Zahl der Fachgruppen verdoppelt und es gelang, viele neue gesellschaftliche Kräfte wie die Bundespolizei, den Jugendring, das Forum Stadtmarketing, den Leitenden Oberstaatsanwalt, die IHK Düsseldorf oder die JVA Düsseldorf mit in die Lenkungsgruppe einzubeziehen. Damit konnte die

gesamtgesellschaftliche Vernetzung des KPR weiter ausgebaut werden.

Der Kriminalpräventive Rat der Stadt Düsseldorf gilt mittlerweile als beispielgebend. Seine erfolgreiche Arbeit in seiner hauptberuflichen Funktion als Ordnungsdezernent sowie als Leiter des Kriminalpräventiven Rates hat dazu geführt, dass Werner Leonhardt häufig als Referent, als Teilnehmer bei Podiumsdiskussionen oder als Kolumnist zum Thema Kriminalprävention gefragt war. Für seine Verdienste war Werner Leonhardt im Jahr 2003 mit dem Verdienstkreuz am Bande und 2007 mit dem Ehrenring des Rates der Stadt Düsseldorf ausgezeichnet worden.

Unter großer Anteilnahme vieler Weggefährten wurde Werner Leonhardt in seiner Heimatgemeinde Rösraath beigesetzt.



Impressum

Herausgegeben vom

Kriminalpräventiven Rat
der Landeshauptstadt Düsseldorf
Büro der Beigeordneten Helga Stulgies
Burgplatz 21/22
40213 Düsseldorf
Telefon: 0211.89-93795
Telefax: 0211.89-29003
www.duesseldorf.de/kpr

Verantwortlich

Michael Klein

Gestaltung

Pauline Denecke

Titelmotiv

© Landeshauptstadt Düsseldorf

Düsseldorf, Juli 2010